Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt".

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altefähre 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Bestellungsliste Nr. 4069 a 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfennige,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfennige,** auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 39. **Freitag, den 15. Februar 1895.** 2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Generalstab und Sozialdemokratie.

Wenn ein Offizier eine ihm anvertraute feste Position bis zum Aeußersten vertheidigt, so thut er damit seine Pflicht. Wenn aber die Herren vom Generalstab in der Umsturzkommission mit der äußersten Hartnäckigkeit an den ein Mal gefaßten Vorurtheilen festhalten, so können wir uns nicht denken, daß ihre Pflicht ihnen dies gebietet; dies rührt vielmehr von einem Mangel an Vertrautheit mit den thatsächlichen Verhältnissen her. Man beurtheilt die Sozialdemokratie nach einer gewissen herkömmlich gewordenen Schablone, die noch fast auf alle oppositionellen Parteien angewendet worden ist.

Herr Nieberding, der seinen Ruhm als antisozialistischer Drachentödter wohl noch in der bevorstehenden großen Debatte über den „Umsturz" überleben wird, war so gefällig, die bei der Heeresverwaltung herrschenden Befürchtungen in Bezug auf die Sozialdemokratie ein Mal genau zu formuliren. Die Sozialdemokratie ist „vaterlandslos", sagen sich die Herrn Generale und glauben es auch, denn es steht ja täglich in den Zeitungen. Daraus schließt dann ein hoher Generalstab, daß beim Ausbruch eines Krieges mit einem Nachbarstaate — natürlich Frankreich — die feindliche Regierung die deutsche Sozialdemokratie für sich gewinnen könnte und dann entstände die Gefahr, daß „die internationalen Umsturzparteien durch Geltendmachung ihres Einflusses auf die Soldaten die militärischen Dispositionen unwirksam machen." Dem will man vorbeugen und darum braucht man die drakonischen Bestimmungen des § 112.

Kühn, sehr kühn gedacht — nur soll diese Kühnheit die Gründe ersetzen, und das gelingt nicht immer.

Die Sozialdemokratie wird sich keiner deutschen und noch weniger einer ausländischen Regierung jemals verkaufen, das mögen sich die Herren Generale und Geheimräthe, die wirklichen und die nicht wirklichen, gesagt sein lassen.

Die deutsche Geschichte weist allerdings Personen und Parteien auf, die sich verrätherischer Weise mit dem Auslande verbündet haben. So z. B. der Kurfürst Moritz von Sachsen, der mit den Franzosen ein Bündniß schloß, Geld von ihnen nahm und den Kaiser Karl V. hinterlistig überfiel. Im dreißigjährigen Kriege verbündeten sich deutsche Fürsten und Stände mit den Schweden und Franzosen, damals den grimmigsten Feinden Deutschlands. Der Kurfürst Max Emanuel von Bayern verband sich mit den Franzosen gegen Oesterreich. Zur Zeit des ersten Napoleon traten eine Anzahl deutscher Fürsten dem Rheinbund bei, dessen ausgesprochener Zweck die Zerreißung und Schwächung Deutschlands war.

Die Herren Generale sollen nur in der deutschen Geschichte suchen, wer all die Leute gewesen sind, die so leichthin „mit einer ausländischen Regierung sympathisirt" haben. Es sind ihrer nicht wenige aber Sozialdemokraten wird man keine darunter finden. Es giebt sogar heute noch Leute in Deutschland — sie zählen nach Tausenden — die in Rußland den letzten Hort ihrer „sittlichen Weltordnung" erblicken und die sich so wenig wie die Oesterreicher 1849 besinnen würden, die Russen ins Land zu rufen, wenn ihnen diese Weltordnung bedroht erschiene.

Schon die angeführten Thatsachen müßten Leute, die objektiv urtheilen, stutzig machen. Aber Genosse Bebel ist viel weiter gegangen; er hat in der Umsturzkommission mit vollem Rechte erklärt, die Sozialdemokratie halte eine Niederlage Deutschlands in einem Kriege nicht nur für ein Unglück in Bezug auf die gesammte Kultur, sondern auch in Bezug auf die Sozialdemokratie selbst; eine Aufreizung zum Bruche der Disziplin sei eine Thorheit und die Sozialdemokratie befasse sich gar nicht damit. Die Verbreiter aufrührerischer Flugschriften in der Armee — wenn es solche gebe — seien Lockspitzel oder von diesen irregeleitete Dummköpfe.

Aber die Herren vom Generalstabe wissen das Alles natürlich viel besser und sie bleiben bei ihrer Meinung, die sie einmal haben; der General von Spitz weiß es sogar ganz genau, daß es die Sozialdemokratie ist, welche zum Bruche der Disziplin aufreizt.

Für dies ganze Verhalten finden wir nur eine Erklärung. Die Herren Generale können sich mit der Thatsache nicht abfinden, daß in Deutschland, das allein 1 800 000 sozialdemokratische Wähler zählt, bei der allgemeinen Wehrpflicht die Sozialdemokratie nicht von der Armee ferngehalten werden kann. Ferner haben sich in der Armee die Sozialdemokraten als solche gar nicht bemerklich gemacht und es sind ihnen vielfach von militärischer Seite günstige, theilweise sehr günstige Zeugnisse ausgestellt worden — aber das Alles kann die Generale nicht beruhigen und so experimentiren sie.

Ja, wenn man die Sozialdemokraten als „unwürdig, im Heere zu dienen", zurückweisen könnte! Aber dann würde bei der Aushebung die überwältigende Mehrzahl der Rekruten erklären, sie seien Sozialdemokraten, um dem Dienste zu entgehen. Der schneidige Herr Kriegsminister könnte dann keine zwanzigtausend Mann zusammenbringen.

Die Herren hätten am Besten gethan, sich mit der Thatsache, daß Sozialdemokraten im Heere sind, einfach abzufinden.

Was sie erreichen werden mit den Vorbeugungsmaßregeln gegen Gefahren, die doch nur in der Illusion bestehen, das wissen wir nicht. Angenehmes wird es schwerlich sein.

Daß diese Dinge dem deutschen Volke im Ganzen größere Sympathien für den Militarismus beibringen werden, das wird nicht einmal Herr Nieberding glauben.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.")

Berlin, 13. Februar 1895.

36. Sitzung.

Präsident von Levetzow eröffnet Nachmittags 1 Uhr die Sitzung.

Am Tische des Bundesrathes: Fürst Hohenlohe, Dr. v. Bötticher, v. Köller, v. Berlepsch u. A.

Auf der Tagesordnungs steht zunächst die zweite Berathung des von den Abgg. Auer (SD.) und Colbus (E.) gestellten Antrages auf Aufhebung des Diktaturparaphen in Elsaß-Lothringen.

Bueb (SD.): Die Berechtigung der in unserem Antrag aufgestellten Forderung ist in erster Lesung ausführlich dargelegt worden. Er wolle heute nur die Aeußerung des Staatssekretärs von Puttkamer zurückweisen, daß die Aufhebung des Diktaturparaphen eine Frage sei, die vor den Landesausschuß gehöre. Redner weist aus einem stenographischen Bericht nach, daß Herr v. Puttkamer umgekehrt im Landesausschuß gesagt habe, die Frage gehöre vor den Reichstag und bedauert, daß das Haus heute, wo die Abstimmung über eine so wichtige Frage erfolgen solle, so schwach besetzt sei. Durch Aufhebung des Diktaturparagraphen werde man der elsaß-lothringischen Bevölkerung einen großen Dienst erweisen.

Küchly (Elsässer, auf der Tribüne fast unverständlich), verbreitet sich über die Sprachenfrage im Reichslande, wird aber vom Präsidenten von Levetzow mehrfach zur Sache gerufen. Er bittet das Haus um einstimmige Annahme des Antrages.

Die Anträge werden darauf gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Berathung der Anträge Pachnicke (Vg.), Ancker (Vp.) und Auer (SD.), betr. die Volksvertretung in den Bundesstaaten bezw. Elsaß-Lothringen.

Der bei der letzten Berathung vom Abg. von Frege gestellte Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung ist vom Antragsteller vorläufig zurückgezogen worden.

Richter (FVp.) weist dem Abg. von Buchka gegenüber in längeren staatsrechtlichen Erörterungen nach, daß das Reich wohl kompetent sei, sich in die Verfassungsangelegenheiten der Einzelstaaten einzumischen. Die mecklenburgische Verfassung sei eine Zwangsjacke, die dem mecklenburgischen Volke aufgezwungen wurde von den früheren Reichsgewalten. 1848 habe der Großherzog von Mecklenburg schon eine Verfassung gegeben, sie war unterschrieben und beschworen, er habe sie zurücknehmen müssen auf Drängen des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm IV. Was der mecklenburgische Bevollmächtigte hier gesagt, könne nicht als Ausfluß der Gesinnung des mecklenburgischen Volkes gelten. Dieser Herr sei Vertrauensmann der mecklenburgischen Regierung. Man müsse sich hier im Reichstage der Mecklenburger annehmen, da diese selbst im eigenen Lande nicht zu Worte kommen können. Die Wahlen in Mecklenburg hätten bewiesen, daß zwei Drittel des mecklenburgischen Volkes eine Verfassungsänderung herbeiwünschen. Abg. v. Buchka stellte sich ungefähr auf den Standpunkt des Abg. Prinz Hohenlohe, der sagte, den Elsässern liege viel mehr an hohen Taback- und Hopfenpreisen als an der Aufhebung der Diktatur. Können denn die Elsässer nicht Beides wünschen? Oder will man sie des Eigennutzes zeihen? Dann sind die Herren wegen ihrer Wähler nicht beneidenswerth. (Sehr richtig, links.) Vielleicht könnten den Wählern dann andere Fragen gleichgültig sein, z. B. ob Monarchie oder Republik. (Sehr gut, links.) Herr v. Buchka sagte, der Parlamentarismus sei im Niedergang begriffen, die Mecklenburger dankten für den Parlamentarismus. Nun gut. Der Parlamentarismus soll im Niedergange sein, was aber ist im Aufgange? (Heiterkeit.) Etwa der Feudalismus? Etwa das absolute System Rußlands? Der Träger der Krone Rußlands erweckt doch wirkliches Bedauern. Der absolute Herrscher ist der Spielball seiner Umgebung, der Hofmarschälle und Jagdgenossen. (Große Heiterkeit.) An den Mängeln, die sich in Deutschland zeigten, sei der Parlamentarismus aber nicht Schuld. Deutschland habe kein parlamentarisches, wohl aber ein autokratisches Regiment, das selbst die Monarchie in den Schatten gestellt und einen wilden Interessenkampf entfesselt hat. Die Zustände in Mecklenburg widersprächen aber allen Begriffen von Konstitution, daß dem braven Volke die Verfassung werde, die ihm von Gott und Rechts wegen gebührt, ist der Zweck des Antrages. (Lebhafter Beifall links.)

Bebel (SD.) hebt hervor, daß die Kompetenzberechtigung des Reiches vom Vorredner in durchaus korrekter und genügender Weise klargelegt worden sei. Die Mehrheit müsse doch eigentlich den Anträgen der Freisinnigen zustimmen, denn wenn etwas geeignet sei, den föderativen Sinn im Volke zu untergraben, so sei es der Unterschied zwischen der Art, wie sich die Wahlen zum Deutschen Reich und zu den deutschen Bundesstaaten vollziehen. In den beiden großen Föderativstaaten, der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, bestehe das allgemeine Wahlrecht zur Zentralvertretung wie zur Vertretung in den Einzelstaaten. Niemand werde behaupten wollen, daß der föderative Gedanke in diesen beiden Staaten deshalb gelitten habe. Die Aengstlichkeit, mit der man vor Eingriffen in die Rechte der Einzelstaaten warne, sei also völlig ungerechtfertigt. Das Wahlrecht in den Einzelstaaten Deutschlands sei ja sehr verschieden, aber z. B. in Württemberg bestehe das allgemeine gleiche Wahlrecht wie im Reiche. In anderen Staaten sei das Wahlrecht viel weniger allgemein, am schlechtesten sei es in Preußen. Es handle sich also nicht nur um Mecklenburg und deshalb habe seine Partei den Antrag Pachnicke erweitert. Das preußische Wahlrecht sei schon zu der Zeit als Fürst Bismarck es als das elendeste System bezeichnete, ein Hohn auf alle Gerechtigkeit gewesen und es sei von Jahr zu Jahr schlimmer geworden, in Folge der kapitalistischen Entwickelung, die die Zahl der Wähler in der ersten Klasse stetig vermindere. Zu diesen Mißverhältnissen der Wahlberechtigung komme die öffentliche Stimmabgabe, die die wahre Gesinnung nicht zum Ausdruck kommen lasse. Denn wähle ein Mal ein Beamter nach seiner oppositionellen Ueberzeugung, so werde er gemaßregelt. (Widerspruch des Abg. v. Puttkamer-Plauth.) Herr v. Puttkamer bestreite das, aber in Berlin sei ein Polizeiwachtmeister, der einen sozialdemokratischen Wahlmann genannt habe, sofort gemaßregelt worden. Der plutokratische Charakter des preußischen Wahlrechts sei ungeheuerlich. Den Vortheil davon hätten in erster Linie die 16 000 Großgrundbesitzer diesseits der Elbe. Ein solcher Großgrundbesitzer wähle sehr häufig allein in der ersten Abtheilung und oft drei Wahlmänner. Besitz und Bildung sei nun nicht immer vereinigt und bekannt sei, daß in Berlin ein Mal ein reicher Bäckermeister mit den Worten an die Wahlurne trat: „Ick wähle mir und meinen Sohn!" In Neustadt O./S. wählten die aus sechs Mitgliedern bestehenden verwandten jüdischen Firmen Fränkel und Pincus Söhne 24 Stadtverordnete. (Heiterkeit.) Im Landtage habe die kleine Fraktion der Freisinnigen den Versuch gemacht, eine Aenderung des Wahlrechts herbeizuführen, aber die Art, wie der Antrag gestellt wurde, zeugte von völliger Muthlosigkeit. Sehr platonisch war dabei die Liebe des Zentrums für das allgemeine Wahlrecht und auch in Baiern haben es die Herren vom Zentrum bewiesen, daß ihnen viel an der Erhaltung des Dreiklassenwahlsystems liegt. Nur der Abg. Schädler stimmte für den Antrag meiner Freunde auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Uebrigens kann ich dem Abg Schädler die Anerkennung nicht versagen, daß er als einziger Zentrumsmann auch stets bei anderen Gelegenheiten bewiesen hat, daß er ein Demokrat ist. (Heiterkeit im Zentrum.) Korrekt hätten sich die Nationalliberalen in Baiern benommen, im Gegensatz zu den Nationalliberalen des Reichstages, die die heftigsten Gegner des gleichen und geheimen Wahlrechts seien, denn die Zeit, wo diese Herren unter Führung von Bennigsen und Lasker das gleiche Wahlrecht für das festeste Bollwerk der Freiheit hielten, sei längst vorüber. Warum ändere man das Wahlrecht nicht? Man könne doch unmöglich sagen, die Schweizer, Engländer, Franzosen seien fortgeschrittener als die Preußen. Seine Partei fordere das Wahlrecht für die Frauen. Man erkläre diese Forderung für verrückt. Was sei in der Welt nicht Alles für verrückt gehalten worden? Beinahe doch alles Neue. Die Forderung werde jetzt nicht mehr verschwinden. Vor zwei Jahren wäre eine Petition, wie sie jetzt von 10,000 Frauen aus den sogenannten besten bürgerlichen Kreisen dem Reichstage überreicht worden, unmöglich gewesen. Die Sozialdemokratie erhebe die Forderung aus Gründen der Rechtsgleichheit. Der Mann habe vor der Frau nichts voraus. Die Verhältnisse hätten die Frauen zu ebenso selbstständigen Mitgliedern der Gesellschaft gemacht, wie es die Männer waren. In der Industrie spiele die Frau bereits eine hervorragend selbstständige Rolle. Sie komme in unserem sozialen Leben genau so in Betracht, wie der Mann. Das Männerstimmrecht werde mit dem Kriegsdienst begründet, aber um Soldaten zu haben, müßten doch Knaben geboren werden, die Soldaten werden könnten. (Heiterkeit.) Man solle doch diesen Antheil der Frau voll berücksichtigen. In England wählten die Frauen die Schulräthe, in Schweden hätten sie das Bezirks- und Gemeindewahlrecht wie die Männer. In den Vereinigten Staaten habe der Staat Wyoming im vorige Jahre das 25jährige Jubiläum des Frauen-Wahlrechts gefeiert. In der englischen Kolonie Neu-Seeland bestehe ein gemischtes Parlament, die Frauen seien aber konservativ, höchstens nationalliberal. (Große Heiterkeit.) Er sei sogar der Meinung, daß die Frauen anderer Meinung sein würden, wie die Männer, dennoch stelle er die Forderung auf im Interesse der Gerechtigkeit. Es gehe eben nicht an, daß die „größere Hälfte" der Nation von der Vertretung ausgeschlossen bleibt. (Zuruf: bessere Hälfte.) Auch bessere Hälfte. Aber ich spreche nicht hier, um den Frauen Komplimente zu machen. (Heiterkeit.) Die Frauen hätten jedoch unbedingt mehr Gerechtigkeitsgefühl, sie seien nicht so korrumpirt wie die Männer. (Zuruf: Die Politik verdirbt den Karakter.) Ja, dann würde ich dem Herrn empfehlen, sich im Interesse seines Karakters von der Politik zurück zu ziehen. (Heiterkeit.) Ja, wenn wir die

Frauen im Parlament hätten, würde sogar keine Verschärfung der Geschäftsordnung nöthig sein. (Große Heiterkeit.) Die Herren sträuben sich aber gegen den Fortschritt, sie befinden sich im Tempo des österreichischen Landsturms. „Immer langsam voran" heißt Ihre Losung. Ja, Sie würden sogar rückwärts gehen. Aber wir Sozialdemokraten wissen, daß wir den Fortschritt repräsentiren, daß uns die Zukunft gehört, trotz alledem und alledem. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Rettich (K.): Das mecklenburgische Volk wolle keine Einmischung in die mecklenburgischen Verfassungszustände von Seiten des Reichs. Es stehe in dieser Beziehung ganz auf dem Standpunkte des hochseligen Großherzogs Friedrich Franz II., eines der besten und edelsten Männer, die je auf einem deutschen Fürstenthrone gesessen, der diesen Grundsatz bis zu seinem letzten Lebenstage festgehalten habe. Ueber kurz oder lang werde die mecklenburgische Verfassung geändert werden, aber das Reich werde diese Aenderung nicht herbeiführen. Der Abg. Richter habe von dem Ratzeburger Landtag erzählt, der aus 20 Mitgliedern bestehe, an dem aber nur 9 Mitglieder theilnähmen, der also stets beschlußunfähig bleibe. Er wolle Herrn Richter sagen, warum der Ratzeburger Landtag nicht beschlußfähig sei. Die 11 fehlenden Mitglieder sagten: „Kommen wir nach dem Landtag, so bekommen wir auch Steuervorlagen. Jetzt zahlt der Großherzog fast Alles und wir haben so gut wie keine Steuern zu zahlen und dabei befinden wir uns wohler." (Große Heiterkeit.) Herr Dr. Pachnicke sollte dem Finanzgesetz zustimmen, das das Verhältniß des Reiches zu den Einzelstaaten regelt, damit würde er sich den Dank der Mecklenburger verdienen, nicht mit seinem Antrage. Seine Partei werde gegen den Antrag Pachnicke und gegen die übrigen Anträge stimmen. (Beifall rechts.)

Dr. Lieber (Z.): Bebel wäre konsequent gewesen, wenn er das Frauenwahlrecht zuerst für den Reichstag verlangt hätte. Er habe aber nur das Wort genommen, um Namens des Zentrums zu erklären, daß dieses noch auf dem Standpunkte Windthorst's stehe, der das Reich nicht für kompetent halte für die Verfassungsfragen der Einzelstaaten. Dazu sei ein vorbereitendes Gesetz nöthig, das eine Aenderung des Artikels 4 der Verfassung enthalte und die Kompetenz des Reiches erweitere. Nach den Reden Richter's und namentlich Bebel's müsse man doppelt oder zehnfach ängstlich werden, in die Rechte der Einzelstaaten einzugreifen. Vielleicht trage sich Abg. Richter mit dem unheilschwangeren Gedanken, auch in den freien Hansestädten Hamburg, Lübeck und Bremen eine konstitutionelle Monarchie einzuführen. (Große Heiterkeit.) Bebel habe, wenn auch verblümt, von der papiernen Eigenschaft der Verfassung gesprochen. Für das Zentrum sei die Verfassung nicht ein Stück Papier, sondern die Grundlage allen öffentlichen Rechtes. Was die Stellung des Zentrums zum allgemeinen Wahlrecht anlange, so sei sie unzweifelhaft. In Bayern sei die Frage gescheitert an den bekannten Verfassungsbedenken unter der jetzigen Regentschaft. —

v. Marquardsen (NL.): Seine Partei wolle zunächst am Stimmrecht der Männer festhalten. Eine Ausdehnung des Stimmrechts in den Einzelstaaten nach der Schablone des Reichswahlrechts hielten seine Freunde nicht für zweckmäßig, ebenso sei die große Mehrzahl seiner Parteifreunde einer Beschränkung des allgemeinen gleichen Wahlrechts abgeneigt. Prinzipielle Bedenken gegen den Antrag Pachnicke habe er nicht, aber er halte es nicht für richtig, einen Druck auf die Einzelstaaten auszuüben. Der Antrag Pachnicke könne nur eine Anregung abgeben und in diesem Sinne werde er für den Antrag Pachnicke, aber gegen die Anträge Ancker und Auer stimmen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Nauck (RP.): Abg. Richter habe die mecklenburgischen Zustände nicht zutreffend geschildert. Das mecklenburgische Volk befinde sich wohl. Wenn in Mecklenburg Jemand bettelte, so sagte man, ein Preuße ist draußen, der bettelt, ein Mecklenburger kann nicht betteln. Jede Verfassungsänderung würde in Mecklenburg nur das gute Verhältniß zwischen Regierung und Volk korrumpiren. (Widerspruch links. Beifall rechts.)

von Frege (K.) spricht seine Genugthuung über die Debatte aus, die er durch Zurückziehung seines Antrages auf Uebergang zur Tagesordnung habe. Die Debatten würden das Gegentheil erreichen, das sie beabsichtigt hätten. Die Mecklenburger würden sich nun erst recht keine Wohlthaten aufzwingen lassen. Bebels Ausführungen würden im Reiche ganz anders aufgenommen werden, als er es wünschte. In Bezug auf die Frauenfrage verhalte sich seine Partei gar nicht so ablehnend. Herr Bebel habe damit nur Wahlmache getrieben, er wolle Stimmen fangen, denn es sei ja kein Geheimniß, welchen Einfluß die Gattin auf den Mann ausübe. (Heiterkeit.) Mit dem Abg. Lieber theile er die Kompetenzbedenken des Reichs. Den Angriff des Abg. Richter auf den Fürsten Bismarck, den Richter einen Kanzlerautokraten nannte, weise er zurück. Das deutsche Volk sei dem Fürsten Bismarck dankbar und mit Kaiser Wilhelm einverstanden, der auf das Denkmal die Worte setzen wolle: „Dem großen Kanzler Kaiser Wilhelm II." Fürst Bismarck habe das allgemeine Wahlrecht gegeben, weil er im Reichstage die festeste Stütze für die Einheit des Reiches sah. Er hat sich getäuscht und eingesehen, daß gerade die deutschen Fürsten und der Bundesrath die beste Gewähr für den Fortbestand des Reiches bildeten. Kein Mensch habe die Sterilität des Reichstages so gefördert, wie gerade der Abg. Richter. (Lachen links Beifall rechts.)

Die Debatte wird geschlossen.

Pachnicke erhält das Schlußwort.

Die beiden anderen Antragsteller verzichten auf's Wort.

Es folgt die Abstimmung über den schon verhandelten Antrag Ancker wegen Vorlegung eines Reichsgesetzes über die Abgrenzung der Wahlkreise. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Freis. und Soz. abgelehnt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Etatsberathung.) Schluß $5^1/_4$ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Umsturzkommission, welche am Mittwoch die Abstimmung über § 112 vornehmen sollte, hat ihre Sitzung mit Rücksicht auf äußere Abhaltung einiger Centrumsmitglieder wieder verschoben.

Für die Reichstags-Ersatzwahl in Oletzko-Lyck-Johannisburg ist als sozialdemokratischer Kandidat Gutsbesitzer Ebhardt aufgestellt. Kandidat aller liberalen Wähler ist der Hofbesitzer Dau-Hohenstein in Westpreußen.

Auf der Suche nach Material. Bei zahlreichen Magdeburger Anarchisten wurden Dienstag Haussuchungen abgehalten, bei der eine Anzahl Druckschriften beschlagnahmt wurden.

Der Gesetzentwurf gegen den Sklavenhandel ist nunmehr im Reichstag zur Vertheilung gelangt. Der Entwurf ist in derselben Fassung wie im Jahr 1891 eingebracht. Er bestraft den Sklavenraub mit Zuchthaus nicht unter 3 Jahren, oder, falls bei einem solchen Raubzug eine der Personen, gegen die der Streifzug gerichtet war, getödtet wird, den Veranstalter mit dem Tode; der Sklavenhandel soll mit Zuchthaus oder Gefängniß geahndet werden. Zugleich kann in allen diesen Fällen auch auf Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt werden. Wer den vom Kaiser zur Verhütung des Sklavenraubes und des Sklavenhandels erlassenen Verordnungen zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mk. oder mit Gefängniß bestraft.

Von einer drohenden Diktatur der Staatsanwaltschaft angesichts der Umsturzvorlage, redet die „Konservative Monatsschrift." Sie schreibt: „Wir gehen dann einer Diktatur des Staatsanwalts entgegen, und diese wird die unerträglichste von allen Diktaturen sein, weil sie nicht offen die Gewalt als Gewalt giebt, sondern die Willkür mit einem Scheine, wenn nicht des Rechts, so doch der Juristerei umkleidet." Deshalb stimmen aber wohl grade die im Reichstage sitzenden Parteigenossen der „Konservativen Monatsschrift" für die Umsturzvorlage.

Die gewerbliche Nebenbeschäftigung schulpflichtiger Kinder ist ein skandalöser Uebelstand, der ja auch jüngst wieder im Reichstage bei der Debatte über die Berufs- und Gewerbezählung zur Sprache gebracht worden ist. In Leipzig, Kassel, Hannover hat die Stadtverwaltung angefangen, diese Frage zu untersuchen. In Berlin wurde der Antrag, eine städtische Statistik hierüber zu schaffen, mit der Begründung abgelehnt, man wolle nicht — wie „rücksichtsvoll"! — in die Familienverhältnisse dieser Kinder eindringen, und das Ergebniß werde doch unzuverlässig sein. Ein Lehrerverein hat in dem Proletarierorte Rixdorf bei Berlin eine Erhebung veranstaltet, die schauerliche Ergebnisse zu Tage förderte. Als Semmeljungen oder Zeitungsträger schaffen die Kinder vor Schulbeginn, als Kegeljungen, Laufburschen, Tücherknüpfer, Fabrikkinder bis in die Nacht. Man zählte in

Klasse	I	357 Kinder,	104	Nebenbesch.	= 29,13	Proz.
„	II	405 „	108	„	= 26,66	„
„	III	600 „	131	„	= 21,83	„
„	IV	580 „	122	„	= 21,03	„
„	V	119 „	119	„	= 17,92	„
„	VI	261 „	16	„	= 2,42	„

Von unten nach oben steigt der Prozentsatz der Ausbeutungsopfer, jeder Fortschritt des kindlichen Wachsthums wird auf dem Arbeitsmarkte sofort ausgebeutet. In der obersten Klasse kommt auf zwei freie Kinder ein drittes, gewerblich beschäftigtes. Wer zerstört die Familie?

Dem Verdienste seine Krone! König Stumm hat den Dank für sein schneidiges Auftreten im Reichstage weg. Die von dem Geh. Kommerzienrath Eugen Langen geleitete Versammlung des „Vereins der Industriellen des Regierungsbezirkes Köln" beschloß einstimmig die folgende Resolution, welche dem Freiherrn v. Stumm in einer besonderen Adresse übermittelt werden soll:

„Der Verein spricht Ew. Hochwohlgeboren für das kräftige und erfolgreiche Auftreten gegen die sozialdemokratischen und sozialistischen Bestrebungen und für die Erweiterung der Machtmitteln des Staates in dem Kampfe gegen dieselben in der Reichstagssitzung vom 9. Januar seinen wärmsten Dank aus und bittet Sie, trotz aller gegnerischen Angriffe im Interesse unserer vaterländischen Industrie in diesem Kampfe weiter muthig auszuhalten."

Das ist vielleicht die erste Anerkennung, welche Herr Freiherr v. Stumm für seine famose Rede gefunden hat. Konservative und andere, sonst im Kampf gegen den Umsturz sehr eifrige und Herrn v. Stumm überhaupt politisch nahestehende Blätter haben über diese oratorische Leistung sehr bedenklich den Kopf geschüttelt, im Reichstage hat er allgemeine Verwunderung hervorgerufen. Damit aber das komische Element nicht fehle, hat auch das berufene Organ der jetzt für Herrn v. Stumm begeisterten rheinisch-westfälischen Groß-Industriellen, die Rheinisch-Westfälische Zeitung", sich unmittelbar nach der betreffenden Reichstagssitzung über die v. Stumm'sche Rede abfällig ausgesprochen.

Wegen Fundunterschlagung soll, wenn es nach einem konfusen Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." geht, gegen den Abgeordneten Dr. Schönlank mit Rücksicht auf die Veröffentlichung des bekannten Grsben'schen Briefes in der „Leipziger Volks-Zeitung" vorgegangen werden. Wir sind neugierig, ob die „Nordd. Allg. Ztg." mit diesem Artikel beim Reichstag mehr Glück haben wird, als mit dem bekannten Artikel, durch welchen sie kürzlich den Reichstag zur sofortigen Strafverfolgung Liebknecht's zu animiren suchte.

Ueber den Diebstahl und Mißbrauch von Privatbriefen hat die Partei des Herrn v. Manteuffel am wenigsten ein recht, sich zu entrüsten. Denn die „kleine, aber mächtige Partei" hat in diesem Punkte, schreibt der „Vorwärts", hervorragendes geleistet. Wenn die „Kreuz-Zeitung" in den Räumen ihres Gedächtnisses Umschau hält, so erinnert sie sich vielleicht, daß zur Zeit, wo ihre und des Herrn v. Hammerstein's Partei am mächtigsten war — um die Mitte der 50er Jahre — sogar die Korrespondenz des damaligen Thronerben, des Prinzen von Preußen und späteren Königs und Kaisers Wilhelm I., seitens der kleinen, aber mächtigen Partei der „Edelsten" und „Alleredelsten" eine ähnliche Behandlung erfuhr, wie dieser Tage seitens irgend eines Unbekannten der Brief des Herrn von Groeben. Und auch den berühmten Depeschendiebstahl in (und aus) dem Potsdamer Schlosse sollte die „Kreuz-Ztg." nicht vergessen haben.

Einen neuen Fall von Soldatenmißhandlung theilt der „Vorwärts" aus Kottbus mit. Darnach hätte einem dortigen Soldaten der Sergeant so stark auf den Fuß getreten, daß eine Blutvergiftung eintrat, an deren Folgen der Soldat starb. Der Hauptmann soll den Angehörigen strenge Untersuchung des Vorfalles versprochen haben und der Sergeant soll auch bereits in Untersuchungshaft genommen sein.

Das Interesse für die Erhaltung des Mittelstandes wird von den Regierungsvertretern zwar mit vielen Worten betont, aber die Thaten der Regierung stehen dazu im schreiendsten Widerspruch. Das ergiebt vor Allem die unausbleibliche Wirkung der neuen Tabaksteuer, falls sie Gesetz werden sollte. Viele Tausende von Händlern aus dem Mittelstande, welche den Verkauf von Tabakfabrikaten als Nebengeschäft betreiben, werden letzteres aufgeben müssen nach Einführung der in dem neuen Gesetzentwurf vorgesehenen Kontrole. Man bedenke ferner die große Zahl derjenigen Fabrikanten, welche bei der Fabrikatsteuer nicht mehr mitmachen können, weil sie nicht im Stande sind, ihr Betriebskapital um die nothwendigen 25—40 pCt. zu erhöhen. Nach dem Bericht der Tabak-Berufsgenossenschaft bestanden am 1. Januar v. J. 3126 Fabriken mit weniger als 20 Arbeitern; diese kleinen Fabriken werden ganz sicher der Fabrikatsteuer zum Opfer fallen, denn wenn sie ihren Betrieb einschränken, können sie nicht bestehen und zur Aufrechterhaltung des bisherigen Betriebes müßten sie, wie schon gesagt, ihr Betriebskapital um 25 bis 50 pCt. erhöhen können, wozu gerade diese kleinen Industriellen gewiß nicht im Stande sind. Mit der Tabakfabrikatsteuer wird demnach der Mittelstand auf das Empfindlichste geschädigt, wie beim Arbeiterstand werden auch hier viele Existenzen vernichtet werden. Für den „Mittelstand" der Zuckerfabrikanten und Brennereibesitzer aber sucht man eifrig nach neuen Gesetzesvorlagen zur Aufbesserung des Gewinnes.

Italien.

Die Erhöhung des städtischen Mehlzolles verursachte in Accera bei Neapel einen Aufstand. Das Zollgebäude wurde gestürmt und demolirt, der Geldschrank des Hauptzollamtes zertrümmert und die Akten verbrannt. Sodann begab sich die Menge zum Zollhause, überfiel den Beamten, riß ihm die Kleider vom Leibe und wollte ihn vom Balkon herabstürzen, was jedoch auf Vorstellung einiger Besonnenen unterblieb. Auch das Zollhaus wurde in Brand gesteckt, sowie das Archiv des Rathhauses. An einem Versuch, die Eisenbahnschienen aufzureißen, hinderten die Beamten die Menge. Erst als aus Caserta Militär eintraf, trat Ruhe ein.

Vom grauenvollen Schicksal De Felices bringt ein in italienischen Blättern veröffentlichter herzbewegender Brief von dessen Tochter Kunde, die kürzlich ihrem Vater im Kerker zu Voltera einen Besuch abgestattet hat. Sie schreibt:

„Wir kehren in diesem Augenblicke von einem Besuch im Kerker und einem Gespräch mit dem Vater zurück. Es war herzzerreißend. Der graue Galeerenanzug, das geschorene Haar, die erloschenen Augen, das todtenbleiche Gesicht und eine große blaue Nummer 668 auf der Brust, auf der Stelle des Herzens, machten ihn vollständig unkenntlich. Ich dachte, ich müßte wahnsinnig werden bei seinem Anblick. Wie ist er herabgekommen, grauenhaft verändert durch den fürchterlichen Aufenthalt! Hätte die Wache mir nicht gesagt: Hier ist Ihr Vater! und hätte mein Herzensgefühl mich nicht zu ihm hingetrieben, ich wäre dort vor dem Gitter starr vor Entsetzen stehen geblieben und hätte ihn nimmer erkannt.

Unser Gespräch dauerte eine halbe Stunde und war tief schmerzlich und aufregend. Er sagte mir, daß seine Gesundheit durch fortwährenden Blutverlust leide. „Versichere alle Diejenigen," sagte er mit einem Lächeln, das mir das Herz zerriß, „die glauben könnten, ich sei schwach, daß ich stark bin, aber daß die Leiden und Qualen, denen ich hier unterworfen bin, doch stärker sind als ich." — Ich hatte mir vorgenommen, an mich zu halten und fest zu bleiben; aber ich brach in ein krampfhaftes Schluchzen aus. — Ich kann in diesem Augenblicke nicht mehr schreiben. Ich wiederhole, ich habe das Gefühl, wahnsinnig zu werden.

Maria De Felice."

Lübeck und Umgegend.

14. Februar.

Achtung, Töpfer! Die über die Werkstelle von Dohm verhängte Sperre dauert fort. Zuzug nach Lübeck ist fernzuhalten.

Steuerschätzungs-Kommission. Am 9. ds. Mts. hat der Senat an Stelle des ausgeschiedenen H. L. Dillner zu Schlutup zum bürgerlichen Deputirten bei der Steuerschätzungs-Kommission für den Holstenthor-, Burgthor- und Travemünder Landbezirk F. Th. Lauenstein zu Schönböcken erwählt.

Die Gesuche um Aufnahme in das Waisenhaus sind von den Müttern oder Angehörigen der Kinder in Begleitung der letzteren am Fastnachtsmontag den 25. Februar d. Js., Morgens 9 Uhr, im Waisenhause anzubringen. Der Taufschein, der Impfschein und ein Schulzeugniß des Kindes sind dabei einzureichen.

Die Privatfähre bei Travemünde ist in Folge des Eisstandes der Trave bis auf Weiteres für Fuhrwerk nicht passirbar.

Für Arbeiterwohnungen legen sich die „Lüb. Anz." in's Zeug, um den Beweis zu liefern, wie entgegenkommend eigentlich das Kapital gegenüber dem Arbeiter

ist. Der aufgeklärte Arbeiter lacht auf eine derartige Lösung der Wohnungsfrage. Er weiß nur zu gut, daß solche Wohnungs-Mausefallen, Fußangeln sind, um ihn flügellahm zu machen.

Die Ritter'sche Liliputaner-Truppe gastirt auf wenige Tage, vom 18. bis 21. d. Mts., im „Colosseum". Die Gesellschaft besteht aus 12 Persönchen und sollen dieselben als Schauspieler, Sänger, Musiker und Tänzer Vorzügliches leisten.

Der Dampfer „Elita" liegt zwei Seemeilen von Warnemünde im Eise fest. Nach einem Telegramm des Kapitäns Pierstorff an die Rhederei sind seit vorgestern Arbeiter unter der Leitung des Lootsenkommandeurs Jantzen aus Warnemünde beschäftigt, den Dampfer nach Warnemünde einzueisen. — Bezüglich der Auseisung des Dampfers „Newa" werden augenblicklich von Seiten der Rhederei desselben Unterhandluugen mit den Versicherungen gepflogen. Sobald diese zu einer Einigung geführt haben, wird der Eisbrecher „Trave" ausgehen, um die „Newa" nach Travemünde zu bringen.

Fahrlässigkeit? In der Bürstenwaaren-Fabrik von Hinz und Stech ist gestern ein Fall von Fahrlässigkeit passirt, der leicht schlimmere Folgen hätte nach sich ziehen können. Man hatte Feuer unter den Kessel gemacht, ohne daß in demselben Wasser war. Erst durch den Umstand, daß sich der Kessel so verbogen hatte, daß keine Feuerung mehr unter demselben zu bringen war, gewahrte man den Fehler. Ob der Kessel durch diesen Fehler unbrauchbar geworden ist, konnten wir bis jetzt noch nicht erfahren.

Hotte hüh! Eine Pferdezunge und ungefähr 6 Pfd. Pferdefleisch verkaufte in einer Wirthschaft der Fischergrube ein Schlachter für Ochsenfleisch. Dieser Betrug dürfte für den Schlachter einen Denkzettel absetzen.

Eine silberne Damenuhr mit goldener Kette ist dieser Tage als gefunden auf dem Polizeiamte abgeliefert worden. Der Verlierer mag sich melden.

Karambolage. Gestern Abend gegen 6½ Uhr wurden die Pferde eines vor der Wirthschaft von Ascheberg, neben der Eisenbahn-Reparatur-Werkstätte haltenden Schlittens, infolge Niederlassens der Barrière und des damit verbundenen Klingelns scheu und liefen in vollem Gallopp die Cronsforder Allee entlang. Unterwegs kollidirten sie mit einem Wagen der Straßenbahn dermaßen, daß das eine Pferd sofort todt war und das andere schwer verletzt wurde. Es entsteht dem Eigenthümer des Schlittens ein nicht geringer Schaden, da es zwei ganz junge und theure Thiere waren.

Schachklubs für die Unteroffiziere werden gegenwärtig im 9. Armee-Korps gegründet, um die „Stellvertreter Gottes auf Erden" in die Geheimnisse des „Schachmattsetzens" einzuweihen. Da das Schachspiel bildend wirkt, so wollen wir hoffen, daß es in dieser Beziehung nicht ohne Einfluß auf die Unteroffiziere bleibt. Gebrauchen wird's von ihnen mancher können.

Der Gesangverein „Vorwärts" feierte Sonntag den 10. Februar im Lokale des Herrn Frahm (Concordia-Garten) sein Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Theater-Aufführungen und Ball. Um 5 Uhr nahm das Konzert und kurz nach 6 Uhr die Theater-Aufführungen ihren Anfang. Die Theater-Aufführungen bestanden aus dem Festspiel „Arbeit, Kunst und Wissenschaft" und einer kleineren musikalisch-humoristischen Aufführung „Eine fidele Gerichtssitzung." Wenn bei früheren Anregungen für derartige Veranstaltungen von Festlichkeiten behauptet wurde, daß die Jugend in ihrem Drange nach dem Tanz unruhig werden würde, so ist diese Behauptung schon durch dieses eine Fest widerlegt. Es herrschte während der Vorstellung eine musterhafte Ruhe. Nach Beendigung der Aufführungen trat der Tanz in seine Rechte; derselbe hielt die Theilnehmer bis 2 Uhr in fröhlicher Stimmung zusammen. Das Fest erfreute sich eines guten Besuches.

General-Versammlung der Genossenschafts-Bäckerei. Zu unserem Bericht über genannte Versammlung ist noch nachzutragen: Der ablehnende Beschluß über die Verwandlung der Genossenschaft in eine solche mit beschränkter Haftpflicht kam unter folgenden Umständen zustande: Laut Statut müssen ⅓ der gesammten Genossen anwesend sein, um überhaupt Beschlüsse, welche eine Statutenänderung nöthig machen, fassen zu können. Von diesem Drittel müssen aber ¾ der Anwesenden für den Antrag stimmen, wenn derselbe Gültigkeit erlangen soll. In der letzten Versammlung fehlten nun 17 Stimmen an diesen drei Vierteln, infolgedessen galt der Antrag als abgelehnt.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung dürfte die folgende Entscheidung des Reichsversicherungsamtes sein. Die Näherin Baumert war des Tages über in einer Dresdener Filz- und Strohhutfabrik thätig, nahm sich aber in der Saison des Abends, wie andere Arbeiterinnen auch, noch Arbeit mit nach Hause, die eilig fertig werden sollte. Auf einen Nadelstich, den sie bei dieser Thätigkeit im eigenen Heim sich versehentlich zugefügt zu haben behauptete, führte Frau Baumert eine Beschränkung ihrer Erwerbsfähigkeit zurück und beanspruchte von der Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft eine Unfallrente. Die Genossenschaft wies sie mit der Motivierung zurück, daß sie während ihrer Thätigkeit in der eigenen Wohnung nicht Arbeiterin in einem versicherungspflichtigen Betriebe gewesen sei, sondern eine Hausindustrielle. Das dann von Frau Baumert angerufene Schiedsgericht erhob über den Ursprung der fraglichen Verminderung der Erwerbsfähigkeit eingehend Beweis und wies die Klägerin ab, weil sie in nicht genügender Weise darzuthun vermochte, sich thatsächlich im Dienste jener versicherten Hutfabrik die betreffende Fingerverletzung zugezogen zu haben. Die Frage, ob Klägerin während ihrer Nachtarbeit Hausindustrielle oder Arbeiterin im Betriebe ihres Auftraggebers gewesen, ließ das Schiedsgericht außer Betracht. Aus demselben Grunde wie das Schiedsgericht ihre Berufung, wies das Reichsversicherungsamt den Rekurs der Frau Baumert zurück, wobei es jedoch — und das ist hier das Wesentlichste — ausdrücklich aussprach, dieselbe sei während ihrer Arbeit in der eigenen Behausung nicht Hausindustrielle, sondern Arbeiterin des Hutfabrikanten gewesen. Mit anderen Worten: Der Nachweis ihrer Behauptungen hätte ihr zu einer Rente verholfen.

Neumünster. Vom geistigen Proletariat. Wie traurig es den Volksschullehrern an manchen Orten gehen mag, erhellt am Besten daraus, daß sich zu der, an der hiesigen zweiten Mädchenbürgerschule ausgeschriebenen Stelle eines Lehrers mit einem Gehalt von 1200 Mk. nicht weniger als 53 mit fast durchweg guten Zeugnissen versehene Bewerber gemeldet haben. Von diesen 53 sind 7 ausgesucht, die auf ihre Fähigkeiten geprüft werden und sollen die drei besten hiervon alsdann zur Wahl gestellt werden. Wenn man bedenkt, 1200 Mk. Gehalt für einen Lehrer bei den hiesigen Verhältnissen, welche nicht gerade billig genannt werden können, und dazu die große Zahl der Bewerber, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß auch in diesem wichtigen Berufe noch sehr traurige Zustände herrschen müssen.

Neumünster. Standesamtsstatistik. Im Monat Januar 1895 sind in der Stadt Neumünster a) lebend geboren 78 Kinder, und zwar 45 männlichen und 33 weiblichen Geschlechts, davon unehelich 5 männlichen und — weiblichen Geschlechts; b) todt geborenen 4 Kinder, 2 männlichen und 2 weiblichen Geschlechts; c) gestorben 30 Personen, und zwar Erwachsene 7 männlichen und 5 weiblichen Geschlechts, Kinder 12 männlichen und 6 weiblichen Geschlechts; d) haben die Ehe geschlossen 15 Paare. Bevölkerung. Nach der letzten Zusammenstellung beträgt die Einwohnerzahl der Stadt Neumünster am 1. Januar 1895 21,103. Im Laufe des Januar kamen hinzu: durch Anzug 187, durch Geburten 78, zusammen 265; gingen ab: durch Wegzug 144, durch Tod 30, zusammen 174. Demnach mehr an Zugang 91. Einwohnerzahl am 1. Februar 1895 21,193,

Lauenburg a. E. Ein interessanter Fall, der jedenfalls noch andere Instanzen beschäftigen dürfte, lag dieser Tage dem Schöffengerichte vor. Angeklagt war der Rentier S. von hier wegen Vergehens gegen § 263 Str.-G.-B. Die Frage ist für unsern Ort von großer Bedeutung. Es handelte sich um die Ausnutzung des Bahnprivilegs, nach welchem die Einwohner Lauenburgs einen Anspruch auf freie Beförderung auf der Strecke Lauenburg-Büchen haben. Von der königlichen Eisenbahndirektion zu Altona werden sogenannte Legitimationskarten ausgegeben, wonach die hiesigen Einwohner gegen Vorzeigung dieser Karten auf der Bahnstrecke Büchen-Lauenburg unentgeltlich befördert werden, wenn dieselben für Strecken der vormaligen Berlin-Hamburger Eisenbahn gelöste Fahrkarten vorzeigen und letztere auch thatsächlich benutzen. Der Angeklagte, der im Besitz einer solchen Legitimationskarte ist, löste sich hierselbst im Sommer ein Billet Büchen-Müssen, benutzte frei den Zug bis Büchen, stieg da aus, um Geschäfte zu besorgen, und reiste dann, da er seine Geschäfte in Büchen nicht erledigen konnte, nach Lübeck weiter. Er hatte die Absicht, nach seiner Rückkehr von Lübeck nach Müssen zu fahren, wo er einen Bau aufführen ließ; weil er aber unwohl wurde, ging er von seinen ursprünglich getroffenen Reisedispositionen ab, und fuhr nach einem kurzen Aufenthalte in Büchen direkt nach Lauenburg zurück. Der Angeklagte bestritt, sich des Vergehens gegen § 263 Str.-G.-B. schuldig gemacht zu haben, einmal nicht, weil ihm der Dolus gefehlt habe und ferner das Privileg selbst eine solche Interpretation, wie es durch die Bahnverwaltung erfahren habe, nicht zulasse. Er glaube vielmehr, er habe ein Recht auf freie Beförderung, ohne die Hauptbahn zu benutzen. Von der Regierung zu Schleswig hatte das Gericht das Privileg kommen lassen und wurden im Termin einige Stellen, auf die es ankommt, verlesen. Das Schriftstück ist in Kopenhagen ausgefertigt, und datirt vom 24. Juni 1844. Das Gericht erkannte auf kostenlose Freisprechung des Angeklagten, da das Privileg keinerlei Bestimmungen enthalte, wie sie von dem Eisenbahnfiskus für die freie Benutzung der fraglichen Eisenbahnstrecke eingeführt sind und auch in diesem Sinne nicht auszulegen sei. Den Einwohnern Lauenburgs sei vielmehr uneingeschränkt das Recht auf die freie Beförderung bis zu der Hauptbahn (Büchen) eingeräumt.

Hamburg. Vom Künstlerproletariat. Gegen den Theaterdirektor und Hofrath Pollini klagten 15 Tänzerinnen und Statisten jugendlichen Alters, zum größten Theile unter Beistand ihrer Väter ꝛc., auf Bezahlung ihrer restlichen Gage im Betrage von je 18,90 Mk., da sie für siebenundzwanzigmaliges Mitwirken in den Weihnachtsaufführungen im „Thalia-Theater" sage und schreibe 8,10 Mk. erhalten hatten, wogegen sie für jede Vorstellung eine Mark verlangten. Im ersten Verhandlungstermine bestritt der Beklagte die Forderung der Kläger, da eine bestimmte Gage nicht vereinbart und die Leistungen der jungen Kläger nur sehr geringe gewesen, sei eine Honorirung von 30 Pfennigen sehr angemessen. Die resp. Kläger gaben zu, mit dem Beklagten selbst keinen Preis abgemacht zu haben, es sei ihnen aber vom Balletmeister K. verheißen worden, daß sie, wie im vorigen Jahre, so auch diesmal, 1 Mk. pro Abend erhalten würden. Der gleichfalls erschienene Balletmeister K. stellte solche Erklärung entschieden in Abrede, zumal er zu solcher vom Beklagten gar nicht autorisirt gewesen; er habe nur von den sich zum Mitwirken in diesen Weihnachtsstücken Meldenden die Tauglichen auszuwählen und anzunehmen gehabt. Der Regisseur P. berichtete, daß die Anzahl der sich dazu Meldenden so groß wäre, daß man aus denselben eine genügende Auswahl hätte treffen können von solchen Kindern, deren Eltern garnichts beanspruchten, jedoch habe man ihnen diese Leistungen sehr angemessen mit 30 Pf. pro Abend vergütet. Zu einem Vergleiche war der Beklagte auch in dem nächsten Termine nicht zu bewegen, angeblich, weil noch andere Kläger in ähnlicher Weise ihn beim Gewerbegericht in Anspruch genommen. Das Gericht gab daher in dieser Sache ein Urtheil dahin ab, daß der Beklagte jedem der Kläger resp. Klägerinnen noch 12,15 Mk. zuzuzahlen habe und in die Kosten zu verurtheilen sei. Es habe nämlich bei Bemessung des Lohnes für die hier vorliegenden Arbeiten, welche jedenfalls höhere künstlerische Leistungen nicht darstellen, und in Ermangelung einer vorherigen festen Abmachung des Lohnes richterliches Ermessen zu entscheiden, um so mehr als eine Begutachtung durch Sachverständige in dieser Sache seine erheblichen Schwierigkeiten darböte. Hier komme nur in Erwägung, einmal, daß die Leistungen der Kläger nicht gar so geringfügiger Natur gewesen, wie der Beklagte behauptet, dann, daß eine nicht unerhebliche Anzahl von Proben erforderlich gewesen, um eine zufriedenstellende Gesammtleistung zu bewirken, und endlich die Dauer der einzelnen Vorstellungen. Wenn nun, wie ein Beisitzer des Gerichtes angegeben, als Statisten herangezogen Militärpersonen 60 Pf. pro Abend gewöhnlich gezahlt werden, so sei hier den Klägern eine Gage von 75 Pf. pro Abend zuzusprechen gewesen.

Harburg. Ein aufregender Vorfall ereignete sich auf dem Bahnhofe in Winsen. Der Personenzug nach Hannover (12 Uhr 31 Min.), auf dem zweiten Geleise fahrend, hatte sich bereits in Bewegung gesetzt, als ein Mann noch auf die Plattform eines Wagens vierter Klasse zu springen suchte; er glitt jedoch aus und kam zurückfallend mit beiden Beinen vor die Räder des Zuges, während der Oberkörper auf dem Erdwall lag, und nun wurde der Mann bei der Glätte des Bahnsteiges von dem Zug leicht fortgeschoben. Die Augenzeugen schrieen vor Entsetzen laut auf. Der dienstthuende Stationsbeamte, Assistent Tohm, versuchte mit eigener Lebensgefahr, den Mann aus seiner verhängnißvollen Lage zu befreien, doch vergeblich. Da gelang es, den Zug kurz vor dem Ende des zweiten Bahnsteiges zum Halten zu bringen und von hinzueilenden Beamten eines Güterzuges wurde der Mann unter dem Zuge hervorgezogen. Der glücklich mit dem Leben Davongekommene war ein Gerichtsvollzieher a. D. aus Hannover, der nach Konsultation des Radbrucher Schäfers aus Winsen Medizin geholt hatte. Er hatte nur einige Hautabschürfungen davongetragen, konnte aber erst Nachmittags seine Rückreise antreten.

Lübecker Stadttheater.*)

„Sodoms Ende" von H. Sudermann nannte sich das Stück, welches der „Verein Lübecker Journalisten und Schriftsteller" am Montag im Stadttheater aufführen ließ. Es wurde mit getheiltem Beifall aufgenommen; fast möchten wir sagen kühl und ablehnend. Das Gros der Lübecker Theaterbesucher verlangt nun einmal solche starke Kost nicht. Aufgepäpelt mit der Milch frommer Denkungsart, vollgepfropft mit der Lobhudelei von Schwänken bekannter „Fabriken" und „Compagnifirmen" verhielt man sich „kühl bis ans Herz hinan". Was vermag nicht gute Erziehung? Hoffentlich haben die Veranstalter später darüber nachgedacht. Ein gutes Theil an der Erziehung und dann auch an dem Erfolge haben sie sich selbst zuschreiben. Unser Raum ist leider zu beschränkt, um wiederzugeben, welches Bild das Publikum am Montag geboten hat. Interessant war es in jeder Beziehung. Schwamm drüber! — „Die Kunst sagt, was das Leben sagt, nur in einem helleren Dialekte", so schrieb erst dieser Tage Hermann Bahr. Das triff ins Schwarze! Aber gerade diesen „helleren Dialekt" hat Sudermann nicht sprechen gelernt. Deshalb ist auch „Sodoms Ende" kein vollgültiges Kunstwerk, unbekümmert darum, daß Lumpe als Helden auftreten. Was will nun „Sodoms Ende"? Es zeigt uns, wie selbst das Genie vom Kapital zu Grunde gerichtet wird. Der Maler Willy Janikow ist durch sein Gemälde „Sodoms Ende" mit einem Schlage ein berühmter Mann geworden. Ihm öffnen sich jetzt die Salons, und so gelangt er denn in die Hände Adahs, der liebessüchtigen Gemahlin des Banquiers Barczinowski. Sie umgarnt und umstrickt ihn mit ihren sinnlichen Reizen, sie verleidet ihm die Lust zur Arbeit. Nur im Genießen findet Willy noch sein Heil. Aus dem schaffenden Künstler ist ein Genußmensch geworden, der von Stufe zu Stufe sinkt, bis er zum Verführer der eigenen Pflegebefohlenen wird. — Ueber die Aufführung des Werkes ist nur Rühmliches zu sagen. Sie bewies aufs Neue das Können unserer Künstlerschaar, die sich leider mit so vielem unnützen Tand, Marke „Moser" und „Kadelburg," abquälen muß. Herr Le Seur, welcher seiner Zeit im Grillparzer-Cyklus schon vollgültige Beweise seines Könnens abgelegt hatte, wahrte nicht allein das alte Renommee, sondern that noch etwas mehr. Wir haben vor Jahren, als „Sodoms Ende" den Flug über die Bühnen begann, Leon Resemann als Willy gesehen, und unwillkürlich reizte uns das zu einem Vergleich. Wir fanden, daß Herr Le Seur einen Vergleich mit Resemann aushalten kann. Die Scenen mit Klärchen und Kitty wurden meisterhaft von ihm ausgearbeitet. Als Adah sahen wir Frl. Gottschall, welche Herrn Le Seur ebenbürtig zur Seite stand. Allem Anscheine nach ist durch das Wieder-Engagement von Fräulein Gottschall für unser Stadttheater die klaffende Lücke, welche die Besetzung der Damenrollen aufwies; sehr gut ausgefüllt. Die Theaterbesucher können damit zufrieden sein. Eine tüchtige Leistung vollbrachte auch Herr Siebert als Professor Riemann. Besondere Kabinetsstücke von guten Leistungen boten Frl. Meffert (Klärchen Fröhlich) und Herr Hahn (Kramer). Ueberrascht waren wir von Frl. Meffert, die zum ersten Male den wenig schönen Zug, der sonst ihre Lippen stets umspielte, abgelegt hatte. Dadurch hatte das Gesicht sofort an Ausdrucksfähigkeit gewonnen, die dem „Klärchen" sehr gut zu Statten kam. Herr Hahn gab den Schulamtskandidaten Kramer, der für seinen Freund Willy durch's Feuer geht, während ihn dieser um sein Heiligstes, um seine Liebe, betrügt,

*) Wegen Raummangel leider verspätet.

mit aller Leidenschaft. Die Kitty, schon von Sudermann schlecht genug gezeichnet, zerrann unter den Händen von Frl. Wohl fast in ein Nichts. — Das Trio der Blasirten wurde von den Herren Dr. Senger, Ernest und Kunze lobenswerth dargestellt, nicht minder der Gemahl Adahs durch Herrn Schöneberger. Das Janikow'sche Ehepaar lagen in den bewährten Händen von Frau Krüger-Rosée und Herrn Deutschmann. — Die Inszenirung war vortrefflich und machte Herrn Valdeck alle Ehre.

Sprechsaal.

(Dem Publikum gegenüber ohne Verantwortung.)

(Eingesandt.)

In Nr. 24. d. Bl. fühlt sich „ein Arbeiter" berufen, für die Ortskassen, speziell für die hiesige Ortskrankenkasse, eine Lanze zu brechen, als die Krankenkassen der Zukunft! Daß das freie Krankenkassenwesen seine Lücken hat, weiß ich sehr wohl, und stehe nicht an, es zu erklären. Für mich aber besteht der Grund, weshalb viele Arbeitgeber mit der Ortskrankenkasse nichts zu thun haben wollen, weniger in der Zahlung des minimalen Beitrages, als vielmehr in der komplizirten bureaukratischen Einrichtung, als Anmeldung, Abmeldung, Buchführung über Beiträge usw. Das 1/3 der Beiträge wissen die Arbeitgeber schon wieder herauszuschlagen. Als Beispiel führe nur an: Als vor ca. 2 Jahren die Arbeiterinnen einer Fabrik, welche einer freien Hülfskasse angehörten, an den Chef das Ersuchen richteten, sie bei der Ortskasse anzumelden, lag dieser Bitte durchaus nichts weiter im Wege, nur erhielten sie als Antwort: Lohnabzug von 1 Pf. pro Stunde. In Lübeck ist jedem Arbeiter Gelegenheit genug geboten, und das schon seit Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes, sich und seine Familie so zu versichern, daß sie in allen Wechselfällen des heutigen Erwerbslebens, sogar in Krankheitsfällen und bei Arbeitslosigkeit, versichert ist. Allerdings kommen nur die freien Hülfskassen diesem Bedürfniß nach. Bei der Ortskasse geht das Mitglied, sobald es die Arbeit verläßt und vom Arbeitgeber abgemeldet ist, seiner Mitgliedschaft verlustig. Man wird mir sagen: der Arbeiter kann sich selbst weiter versichern, sobald er der Verwaltung der Kasse Meldung davon macht. Man bedenkt aber nicht, daß unser Mann dann die vollen Kassenbeiträge nach § 37 des Status bis zum Mittwoch jeder Woche bei der Kasse einzuzahlen hat, um nicht die Mitgliedschaft zu verlieren. Und da liegt eben der Hase im Pfeffer. Wie viele Arbeiter können das, wenn sie arbeitslos sind? Auf Nachsicht ist bei dieser Kasse doch wahrhaftig nicht zu hoffen. Der Vorstand, der den Wünschen der Arbeiter entgegenkommen will, (wie der geehrte Einsender sagt), aber mit der Leitung der Geschäfte nichts zu thun hat, kann darin keinen Wandel schaffen. Anders die freien Hülfskassen! Diese stunden ihren Mitgliedern bei Arbeitslosigkeit die Beiträge bis zu 17 Wochen. Bei Beleuchtung der finanziellen Seite halten die freien Hülfskassen einen Vergleich mit der Ortskasse sehr gut aus. Auch abgesehen davon, daß bei den Ortskassen überhaupt, und insbesondere bei der Lübecker Ortskasse, das wenige Selbstbestimmungsrecht sehr im Argen liegt, indem der Vorstand es für rathsam hielt, die Leitung der Kasse dem Staate oder mindestens einem vom Staate angestellten Beamten zu übertragen. Der Vorstand hat sich somit seines Rechts vergeben. Auch herrscht in den Mitgliedschaften der Freien Hülfskassen ein anderer Ton. Die Zukunftsmusik des geehrten Einsenders, der es für nöthig hält, den Schutz der Behörden, für seine Kassenmitglieder anzurufen, ist wenig anziehend. Weiter behauptet Einsender; es könnte vieles gespart werden, hauptsächlich Verwaltungskosten, wenn alle Arbeiter einer „Ortskasse" angehörten. Den Beweis bleibt der geehrte Herr jedoch schuldig und nach den Erfahrungen, welche wir gemacht haben bestreite ich es entschieden. Als Beweis führe ich nur an, daß die Hülfskassen an Verwaltungskosten 6 1/2 bis 7 pCt. verbrauchen und verbrauchten, die hiesige Ortskasse dagegen 20 bis 24 pCt. Der Einsender wird doch selbst nicht glauben wollen, daß, wenn auch sämmtliche Arbeiter Lübecks der Ortskasse angehörten, unter diesem System die Verwaltungskosten sich bedeutend verringerten. Der geehrte Einsender kann es weiter gar nicht begreifen, weshalb sich die organisirten Arbeiter nicht schon längst der Verwaltung der Ortskasse bemächtigt haben. Ja, mein lieber Freund, das begreife ich sehr wohl. Ich will Ihnen das Geheimniß verrathen: Die Lübecker sind eben immer etwas mißtrauisch in Neuerungen und halten erst ein wenig Umschau in anderen deutschen „Vaterländern", um zu sehen, wie es dort ausschaut. Und bei dieser Umschau bemerkten sie denn, daß im herrlichen Sachsen, wo die organisirten Arbeiter schon vor Jahren sich mit den Ortskassen zu schaffen machten, am weitesten darin fortgeschritten ist. Sie, die hiesigen Arbeiter, sagten sich deshalb: wir können unsere Kräfte nützlicher anwenden, als uns mit Behörden herumschlagen. Daß die Krankenkasse, sagen wir meinethalben Ortskasse, wie der geehrte Einsender, im sozialen Staatsgebäude noch eine hervorragendere Stelle einnehmen wird als heute, das glaube auch ich. Dann wird es aber nicht mehr die Ortskasse von heute sein, sondern es wird eine Kasse sein, von freien Arbeitern verwaltet, und mit frei gewählte Arbeiter an der Spitze. Wir fürchten durchaus noch nicht den leisen Windstock, der nach Ansicht des Einsenders die freien Hülfskassen wegfegen wird. Wir wissen sehr wohl, daß die Reaktion, die jetzt kühner denn je ihr Haupt erhebt, die alten Institutionen der freien Hülfskassen der Arbeiter nicht verschonen wird, obwohl dieselben schon von Arbeitern gegründet wurden und bestanden haben, bevor noch an Ortskassen gedacht werden konnte. Sollte dieser Zeitpunkt kommen, dann werden auch die freien Hülfskassen-Mitglieder und die organisirten Arbeiter wissen, was sie zu thun habe; das mag sich der geehrte Einsender gesagt sein lassen. Vorläufig haben wir keinen Grund, unsere alten, selbstgeschaffenen Institutitionen, die noch sehr gut funktioniren, selbst zu zerstören.

Bgr.

Gerichtliche Zwangsversteigerungen:

Mittags 12 Uhr.

Haus:	Besitzer:	Termin:
Blücherstr. 33 a,	Schultz A. F.,	16. Febr.
Adolfstraße 23,	Kayser, A. H. J.,	16. „
Holstenstraße 36,	Piehl, F. H. C.,	16. „
Große Gröpelgrube 1,	Dräger, C. O. H.,	23. „
Große Burgstraße 59,	Dräger, C. O. H.,	23. „
Meierstraße 34,	Geertz, W. J. F.,	23. „
Untertrave 30,	Reher, H. H. C.,	2. März.
Kupferschmiedestr. 26,	Popp, F. M.,	2. „
Dornestraße 5,	Steiff, K. N. F. H.,	2. „
Hartengrube, Schwanengang 18	Glade, M. M. A.,	2. „

Neueste Nachrichten.

Berlin. Der Antrag Roeren und Genossen betreffend Erweiterung der Disziplinarbefugniß des Präsidenten des Reichstages dürfte am Sonnabend im Plenum des Reichstages verhandelt werden. Die ganze nächste Woche dürfte dann von der ersten Lesung der Gesetzentwürfe über Reichsfinanzreform und Tabaksteuer in Anspruch genommen werden. Das Tabaksteuergesetz wird wohl vor dem Reichsfinanzreformentwurf im Reichstag zur Berathung gelangen.

Moers. Nach dem nunmehr vollständig vorliegenden ämtlichen Wahlresultate wurde bei der am 9. d. im 7. Wahlkreise des Regierungsbezirkes Düsseldorf (Moers-Rees) stattgehabten Reichstagsersatzwahl Amtsgerichtsrath Fritzen (Zentrum) mit 12 687 Stimmen gewählt; Landrath Dr. Haniel (freikons.) erhielt 10 667 Stimmen, Hofrichter (SD.) 156 Stimmen, Baumbach 34 Stimmen, Liebermann von Sonnenberg 34 Stimmen; 31 Stimmen waren zersplittert.

Köln. Der japanische Korrespondent der „Köln. Ztg." versichert, nachdem China von der Absicht Frieden zu schließen, wieder zurückgekommen sei, werde Japan nicht eher ruhen, bis Peking eingenommen sei. Die Friedensbedingungen würden alsdann nicht so mild ausfallen. Nach Meldungen aus zuverlässiger Quelle bestehen gegenwärtig die Forderungen Japans in der Oberherrschaft über Korea, in der Abtretung der Halbinsel Linkungtoa mit Port Arthur, in einer Kriegsentschädigung von 200 Millionen Taels, und wenn möglich noch in der Abtretung der Insel Formosa.

Königgrätz. Im Anarchistenprozeß Wolff und Genossen wurde Wolff wegen des Attentats und wegen Geheimbündelei zu 7 Jahren schweren Kerkers, Glaser zu 3wöchigem Arrest verurtheilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Lübecker Getreidepreise.

13. Februar.

Nach Qualität und holländischem Gewicht per 200 Pfund:

Weizen	11 Mk.	50 Pf	bis	12 Mk.	70 Pf.
Roggen	11 „	— „	„	11 „	50 „
Gerste	10 „	— „	„	11 „	— „
Hafer	10 „	50 „	„	11 „	50 „
Erbsen	11 „	50 „	„	12 „	— „
Gelbe Kocherbsen	16 „	— „	„	17 „	— „
Grüne „	16 „	— „	„	17 „	— „

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 13. Februar.

Der Schweinehandel verlief träge.

Zugeführt wurden 1430 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preise: Versandschweine schwere 46—48 Mk., leichte 44—47 Mk., Sauen 38—43 Mk. und Ferkel 44—47 Mk. pr. 100 Pfd.

Briefkasten.

R. C. Sitzung.

Witterungs-Bericht.

Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,58 m NNO., mäßig, 7 1/2° Kälte.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote" inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Probehefte und Prospekte durch alle Buchhandlungen.

Soeben erscheint in 272 Lieferungen zu je 50 Pf. und in 17 Halbfranzbänden zu je 10 Mk.:

MEYERS

Fünfte, neubearbeitete u. vermehrte Auflage.

KONVERSATIONS

17,500 Seiten Text, 10,000 Abbildungen, Karten und Pläne

LEXIKON

152 Chromotafeln und über 950 Bildertafeln u. Kartenbeilagen.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig u. Wien.

Beste frische Butter, Pfd. 100 u. 90 Pfg., **Beste Margarine,** Pfd. 75 Pf., 2 Pfd. 1,40 Mk., zweite Sorte Pfd. 65 Pf., 2 Pfd. 1,25. **Geräuch. Landmettwurst,** Pfd. 80 u. 100 Pf. **Fetten hies. Speck,** Pfd. 70 Pf., durchwachsen Pfd. 65 u. 75 Pf. **Gesalz. amerik. Ochsenfleisch,** Pfd. 45 Pf. **Landleberwurst,** Pfund 80 Pf. **Griebenschmalz,** Pfd. 60 Pf. **Pflaumen** Pfd. 10 Pf., empfiehlt **J. F. D. Götke,** Kupferschmiedestraße 7.

Im Verlage der Buchhandlung des „Vorwärts" ist erschienen und durch die Expedition des „Lübecker Volksbote" zu beziehen:

Der Leipziger Hochverraths-Prozeß

wider

Bebel, Liebknecht, Hepner.

Mit einer historischen Einleitung von W. Liebknecht.

Neue Ausgabe.

20 vierzehntägige Lieferungen à 20 Pfg.

Für jeden Parteigenossen, der die Geschichte der Partei kennen will, geradezu unentbehrlich. Alle Vorgänge in der Partei seit ihrer Gründung, ihre Beschlüsse und Aktionen, die Korrespondenz der Angeklagten und des Parteiausschusses mit Genossen und Politikern im In- und Ausland — alles liegt hier gesammelt vor. Das Buch ist daher für jeden politisch denkenden Staatsbürger ein reichliches und politisches Quellenwerk und ein Arsenal der gesammten sozialistischen und revolutionären Literatur bis in den Anfang der 70er Jahre.

Bestes trockenes Birkenbrennholz

Mk. 14,— pro schwed. Faden soweit der Vorrath reicht.

G. Kuck, Schwartauer Allee 22a.

Prima hiesige Bücklinge

„ kleine Elb-Bücklinge

im Detail u. zum Wiederverkauf empfiehlt

Wilh. Koch, Rosenstraße.

Sehr schöne Backbirnen

per Pfund 20 Pf., 2 Pfund 35 Pf.

Backäpfel

per Pfund 25 Pf., 2 Pfund 45 Pf.

empfiehlt **Reinh. Büsen,** Arnimstraße 1 a.

Fett-Käse, Pfd. 45 Pfg.

H. Scharnweber, Mühlenstr. 89.

Russ. Seife

1 Pfd. 24 Pfg., 2 Pfd. 45 Pfg.

H. Wiedow, Engelsgrube 34.

Heute Auction

Hundestraße 41.

Anfang 3 Uhr Nachmittags

über: Mobilien und andere Sachen, Tauben, Ladeneinrichtung und Anderes mehr.

Johs. Fick, Auktionator.

Liebig-Bilder

zu kaufen gesucht. Offerten unter **H 6** an die Expedition d. Bl. erbeten.

Fritz Evert, Gr. Gröpelgr. 13

empfiehlt sich zum **Massiren, Schröpfen, Kaltabreiben u. s. w.**

Costüm- und Mädchenkleider

werden gut sitzend zu billigen Preisen angefertigt Glockengießerstraße 77/7.

Eine gut erhaltene **Trittnähmaschine** für Familiengebrauch, zwei gut erhaltene **Handnähmaschinen** spottbillig zu verkaufen. Königstraße 74.

Empfehle alle Arten

Brennmaterialien

sowie sehr gute Eßkartoffeln

faß- und sackweise.

H. Heitmann, Schmiedestr. 9.

Gesucht zu sogleich oder Ostern ein kräftiger **Bursche in die Bäcker- u. Conditorlehre** unter günstigen Bedingungen.

L. Nolte jun., Lübeck, St. Lorenz, Neue Meierstraße 39.

Eine kl. Wohnung ist billig zu verm.

Näheres in der Exped. d. Bl.

Eine kl. Wohnung zu vermiethen. Näheres Rosengarten 8/8. Zu besehen Dienstag, Mittwoch und Freitag Nachmittag.

Eine kl. freundliche Wohnung an der Untertrave zu verm., Preis 125 Mk. Näheres Engelswisch, Thorweg Nr. 9.

Eine frdl. Wohnung zu vermiethen.

Schwartauer Chaussee 31.

Verloren ein **Militär-Paß** 3. Garde-Regt. zu Fuß. Warncke. Abzugeben Vorbeckstraße 11 a.

In der Nacht vom Montag zum Dienstag von den Centralhallen bis zum Bahnhof ein **Balltuch verloren** worden. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe gegen Belohnung abzugeben Alfstraße 39. **Osk. Gabel.**

Eine alte alleinstehende Frau findet in einer anständigen Arbeiterfamilie gegen eine kleine Vergütung für ihre Lebzeit familiäre Aufnahme. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Colosseum.

Am 18., 19., 20. und 21. Februar: Gastspiel der berühmten

Liliputaner.

W. Dassler.

Stadttheater in Lübeck.

Freitag den 15. Februar:

87. Abonnements-Vorstellung. 3. Serie: Orange (Freitag-Abonnement Nr. 15).

Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.

Wie die Alten sungen.

Sonnabend den 16. Februar:

88. Abonnements-Vorstellung. 4. Serie: Blau

Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.

Haus Lonei.

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. Druck und Verlag: Friedr. Meyer & Co., beide in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 39. Freitag, den 15. Februar 1895. 2. Jahrgang.

Die Universitäten und der Umsturz.

Professor Friedrich Paulsen, ein Mann von sehr gemäßigten politischen Anschauungen, hat in der neuesten Nummer der „Zukunft" einen Aufsatz über „die Universitäten und den Umsturz" veröffentlicht. Bei der Wichtigkeit dieses Aufsatzes für die Beurtheilung der Tragweite des Umsturzgesetzes glauben wir einen größeren Theil der Ausführungen wiedergeben zu sollen. Paulsen schreibt:

.... Die zulässige Kritik der Religion, der Monarchie, der Ehe, der Familie, des Eigenthums soll durch die zur Strafbarkeit erforderlichen Merkmale des Beschimpfenden und Friedenstörenden vor dem Richter geschützt werden. Aber man täusche sich, wenn man meint, hiermit eine sichere und erkennbare Grenze gezogen zu haben. Zwischen Kritik, Herabwürdigung und Beschimpfung ist die Grenze so fließend, daß es allein auf die subjektive Empfindlichkeit des Staatsanwaltes und Richters ankommt, unter welchen dieser Begriffe er eine negative Betrachtung und Werthung von Religion, Monarchie usw. bringt. Wird ein Stück, wie „Der Talismann" von Fulda unangefochten bleiben? Und Andersen's „Märchen" wird ja dann wohl nachfolgen müssen. Würde hinfort ein des Stumm'schen Kanzelsozialismus verdächtigter Geistlicher noch ohne Herzklopfen die Kanzel besteigen können? Würde er nicht, wenn er das Evangelium vom armen Lazarus auszulegen hätte und er dies mit dem Ernste thäte, den der Text erfordert, besorgen müssen, daß ein etwa zufällig anwesender Polizist sich Notizen machen könnte, weil ihm die Predigt als ein beschimpfender und den öffentlichen Frieden gefährdender Angriff auf das Eigenthum vorkäme? Das Eigenthum als solches beschimpfen ja auch die Sozialdemokraten nicht, sondern den Reichthum oder also die Reichen, die sie der Sattheit, Trägheit, Herzlosigkeit usw. anklagen. Und die Ehebrecherin vor Christo, wie steht es damit? Jesus will sie nicht verdammen, er, der die Pharisäer und den reichen Mann so hart verdammt. Sieht das nicht einer mindestens fahrlässigen „Als-erlaubt-Darstellung", einer Entschuldigung oder Beschönigung des Ehebruches verzweifelt ähnlich? Ueberhaupt es stehen furchtbar gefährliche Dinge in jenem Buch, und wenn es erst zur Verfolgung der Kanzelsozialisten kommt, dann, fürchte ich, wird sich die Rede wieder nur als zu wahr erweisen, die man am Anfang des sechszehnten Jahrhunderts, als Erasmus den griechischen Text des neuen Testamentes herausgegeben hatte, von Mönchen hörte: es sei ein sehr schlimmes Buch, aus welchem alle Ketzereien herkämen. Vielleicht sind mit der Reformation noch nicht sämmtliche Ketzereien aus diesem Buch herausgekommen, welche es enthält; und wer weiß, ob nicht die letzten Ketzereien ärger werden denn alle bisherigen. In der That, haben wir erst das neue Gesetz und haben sich Staatsanwälte und Richter täglich mit ihm zu beschäftigen, so werden sie, fürchte ich, bald so nervös und aufregt werden, daß sie überall beschimpfende Aeußerungen und Anspielungen entdecken; man weiß, wie die intensive Beschäftigung mit einer Krankheit dazu disponirt, überall ihre Symptome zu erkennen. Wo entdeckte man nicht in der Zeit der Demagogenverfolgung überall die Spuren des Aufruhrs und der Verschwörung! Das bloße Schweigen oder Fernbleiben von Kundgebungen für die gute und gegen die schlechte Sache wurde als Symptom schlechter Gesinnung empfunden und als ehrfurchtverletzende und der Absicht nach beschimpfende Demonstration ausgelegt. Können solche Zeiten nicht wiederkommen? Ich fürchte, mancher wird bei jüngsten Vorgängen gesagt haben: sie sind nicht fern. Wer nicht mit uns ist, der ist wider uns: Das ist die Maxime, wonach der Parteigeist überall urtheilt. Wer nicht mitthut, der ist nicht nur mein Feind, das könnte ich ihm vergeben, sondern der Feind der guten Sache, und das ist nicht zu vergeben. Verweigerung des Mitthuns: Das ist eigentlich die unverzeihliche Sünde, die in allen politischen und religiösen Verfolgung bestraft wird. Warum wurden denn die Christen im römischen Reiche verfolgt? Weil sie fern blieben, wo man vor dem Bilde des Kaisers opferte. Man fordert auf, zu den deutschen Richtern Vertrauen zu haben. In Privatsachen darf man es gewiß; in politischen Streitsachen liegt die Sache anders: hier hat der Richter, der doch nicht blos Richter, sondern auch Mensch ist und als solcher auf dieser oder auf jener Seite steht, es nicht mit der Entscheidung zwischen den Ansprüchen zweier ihm gleichgültigen Personen zu thun, sondern mit der Entscheidung zwischen der guten und der schlechten Sache. Man wird wünschen, daß die Richter innerlich, auf der rechten Seite stehen; um so dringender die Gefahr, daß sie der guten Sache durch scharfe Beurtheilung der schlechten zu dienen meinen. .... Der Versuch der Vernichtung der sozialdemokratischen Gesinnung ist, wie die Dinge liegen, ein aussichtsloses Unternehmen. Dagegen würden zwei andere Wirkungen mehr und mehr sich geltend machen: einerseits eine allgemeine Unsicherheit der Rechtsverhältnisse, andererseits die Erschlaffung der Vertheidigung der bestehenden Ordnungen. Auch das sind nicht neue Dinge; jede auf Unterdrückung von Gesinnungen abzielende Gesetzgebung hat sie zur Folge gehabt. Die Unsicherheit nnd Nervosität würde furchtbar um sich greifen und mit ihr daß Mißtrauen und die innere Opposition. Alles, was im Deutschen Reiche über öffentliche Dinge öffentlich zu reden hätte, würde unsicher werden. Der Lehrer, der in der Quarta die Geschichte von Harmodios und Aristogeiton oder von Brutus und Cäsar erzählt — sie hat sich ja nun doch einmal zugetragen —, er wird seine Worte vorher wohl abwägen, daß ihm der Teufel nicht einen Strick daraus dreht: der Junge möchte zu Hause davon erzählen; die Erzählung möchte ausgeschmückt und vergröbert weitergehen, bis sie in ein empfindliches Ohr fiele. Ich las kürzlich einen schönen Aufsatz von Oskar Jäger, dem Kölnischen Gymnasial-Direktor, über Oliver Cromwell (in der Sammlung: Pro domo, 1893). Er machte kein Hehl aus seiner Bewunderung für den furchtbar ernst und sicher auf sein Ziel losgehenden Mann und erschrickt auch nicht darüber, daß sein Held die letzte Konsequenz zieht und das Todesurtheil über den König spricht. Ob der Aufsatz nicht einem wohlgesinnten Staatsanwalt anstößig erschiene? Und wenn er in einem Buch, worin auch viel Griechisch und Lateinisch vorkommt, durchschlüpft, wie, wenn ihn nun verdächtige Zeitschriften nachdruckten? Das wäre die eine Seite der Sache; das ganze Gebiet der mündlichen und schriftlichen Erörterung öffentlicher Dinge wird mit Fangeisen besäet und alle, die auf diesem Boden hinfort sich bewegen müssen, werden aufgeregt, neroös und unzufrieden werden — vorausgesetzt, daß sie nicht unter allen Umständen gewiß sind, daß ihre Ansichten jederzeit den oben herrschenden Ansichten absolut entsprechen, in welcher glücklichen Lage sich bekanntlich die Herren Rosenkranz und Güldenstern befanden. Und noch Eins: mit dem Schriftsteller wäre der Buchhändler der Unsicherheit preisgegeben. Was ist erlaubt, was nicht? Die Ungewißheit, wenn zwiefältige Rechtsprechung hier verurtheilt, was dort durchschlüpft — und das würde bei der großen Biegsamkeit aller Bestimmungen voraussichtlich außerordentlich häufig vorkommen — würde am Ende bald das Verlangen entstehen lassen: dann noch lieber die Zensur! Dann weiß man doch, woran man ist. Und warum denn nicht die Zensur, würden bald die Mehrheitparteien des Reichstages denken? Wir schreiben ohnehin keine Bücher, würde man auf der Rechten sagen; und das Zentrum wird behaupten: es befinde sich bei der thatsächlichen Zensur der katholischen Litteratur außerordentlich wohl. Ob man denn nicht die Jesuiten einstweilen, bis sie sich in Deutschland wieder etwas eingenistet hätten, als vom Staat bestellte Zensoren diätarisch beschäftigen könne? Es seien sehr zuverlässige, in dem Geschäft erfahrene, auch in der Litteratur und in den Wissenschaften wohlbewanderte Männer darunter. Auf der anderen Seite würde eintreten: Lähmung aller Kräfte, die bisher die bestehende Ordnung vertheidigten oder für ihre Fortbildung auf dem Wege gesetzlicher Reform eintraten. Das bedarf nicht der Ausführung. Alle Welt weiß, wie gern sich der Philister beruhigt, wenn er die Polizei in Thätigkeit weiß; nun, denkt er, brauche ich nicht selber Hand anzulegen. Ebenso weiß alle Welt, wie rasch sich die Empfindungen wandeln, wenn ein Mann um seiner Gesinnungen willen von Polizei und Gericht gefaßt wird: an die Stelle des Unwillens gegen die Ansichten tritt alsbald das Mitleid mit ihrem Träger, wenn er dafür leidet. Und wer mag denn noch für die bedrohten Ordnungen mit seiner Stimme eintreten, wenn der Gegner mundtodt gemacht ist? Wem würde es nicht peinlich sein, etwa vom Katheder herab die Bedeutung und den Werth der monarchischen Staatsform gegen die nahe liegenden Einwendungen darzulegen, wenn die entgegengesetzte Auffassung mit Strafe bedroht wäre? ... Die Universitäten haben bei uns von jeher dem, was kommen wollte, den Weg bereitet, sie führten es zuerst in die Welt der Gedanken ein; indem es hier hin und her gewendet und von allen Seiten beleuchtet und betrachtet wurde, gewann es die Form der Möglichkeit; und kam dann der Mann der That, so fand er die Gemüther vorbereitet. Und nun sollten wir von unserem geschichtlichen Lebensprinzig abfallen? Nun sollten wir die Lehre des Jesuitenordens als der Weisheit letzten Schluß anerkennen: die freie Kritik ist die Wurzel alles Uebels? Nun sollte das Zentrum dem Deutschen Reich seine Gesetze schreiben? Muß das über uns kommen? ... Oder wird das Zentrum noch vor seinem eigenen Werk erschrecken? Wird ihm die Erinnerung kommen an die Zeit, wo man die Auflösung der Orden damit motivirte, daß ihre Grundsätze über Ehe und Eigenthum mit den Grundlagen der Gesellschaft unverträglich seien? Wird sich in ihm die germanische Seele gegen die römische regen? Denn es hat wohl allerdings zwei Seelen in der Brust. Ich wünschte, es hoffen zu dürfen, aber ich zweifle daran. Der Wille zur Macht wird zu stark sein.

Wofür?

Von N. Golant.

Sekondelieutenant Iwanow demissionirte und zog aus dem Kaukasus, wo sein Regiment in Garnison lag, in eine Stadt Mittelrußlands. Als er noch Kadett war, erhielt er häufig von seiner einzigen Verwandten, einer alten Tante, die in dieser Stadt lebte, kleine Unterstützungen, und jetzt, wo er den Dienst verlassen hatte, ging er zu dieser Tante, um bei ihr vorläufig, bis er einen neuen Posten gefunden haben würde, die erste böse Zeit zu verbringen. Auf dem Wege dahin träumte Iwanow von einem bescheiden Posten bei der Eisenbahn oder in einem Geschäftshause, träumte von einem netten Zimmerchen — und natürlich auch vom Heirathen. Diesen Träumen folgte ein übles Erwachen, denn als er am Ziel seiner Reise anlangte, erfuhr er, daß seine alte Tante bereits gestorben sei, und so fand er sich, völlig vereinsamt, in einer fremden Stadt, ohne Mittel, Rath und Trost.

Im Laufe weniger Tage, die Iwanow auf der Suche nach irgend welcher Beschäftigung verbrachte, gab er die paar Rubel aus, die er noch besaß und verkaufte die Reste seiner Garderobe bis auf den Militärmantel. Es kam sogar so weit, daß ihm der Hotelier, bei dem er wohnte, ohne weiteres aus dem Hause wies, so daß er, hungrig und gedemüthigt, auf der Gasse stehen blieb. — Vor einer Woche, ja gestern noch, hätte er nicht gedacht, daß er jemals in eine solche Lage gerathen könnte. Er ging die Straße entlang, und bat in jedem Magazin, in jedem Geschäfte um Arbeit, erzählte die Gründe, die ihn zwangen, Arbeit zu suchen. Er wurde aber überall, hier mit süßer Höflichkeit und dort in derber Weise, abgewiesen.

„Wohin nun gehen?" frug er sich und fand keine Antwort. Gedanken, einer immer unsinniger als der andere, unerfüllbare Hoffnungen jagten sich in seinem Kopfe.

„Wie, wenn ich jetzt in diesem Augenblicke auf der Gasse tausend Rubel fände? — Ich würde mich schön kleiden, würde eine kleine nette Wohnung miethen. — Vorhänge würde ich bei den Fenstern machen lassen, wie die beim Chef unseres Regiments: grau mit blauen Verzierungen, — unbedingt mit blauen Verzierungen. —" Plötzlich nahmen seine Gedanken eine andere Richtung: er ist in der Schlacht, er stürzt sich mit einem Zug auf die in Rauch gehüllte Schanze und erobert die feindliche Fahne. Der Corpskommandeur beglückwünscht ihn, küßt ihn, nimmt ein eisernes Kreuz von der eigenen Brust und heftet es ihm an. — Er fühlt ordentlich, wie es baumelt, das Kreuzchen . .

„Hoh, Achtung!" ertönt die Stimme eines Kutschers, und zerstört seine süßen Illusionen.

Weiter und weiter schritt er, wurde immer matter und verlor den letzten Rest von Energie. Die Winterluft trug das ihrige bei und der leere Magen verschärfte seine seelischen Qualen. Er hatte wohl zum hundertsten Male seine leeren Taschen betastet, unter dem Futter des Mantels gesucht, in der Hoffnung, daselbst irgend eine Münze zu finden.

Endlich nahm er den Leibriemen ab und verkaufte ihn bei einem Trödler für 7 Kopeken. Er erinnerte sich, bei der Ankunft in der Stadt eine ganze Reihe von Gasthöfen gesehen zu haben. Fünf Kopeken behielt er, um das Nachtlager zu bezahlen, und für die übrigen 2 Kopeken kaufte er ein Stück gefrorenen Brotes. Es war noch zu früh, um in den Gasthof zu gehen. Iwanow suchte einen Billardsalon auf. Das Zimmer war voller Leute. Das Spiel ging um eine beträchtliche Summe Geldes. Die Anwesenden verfolgten aufmerksam jeden Stoß der beiden Spieler.

Iwanow, der einst selbst ein Billardspielee gewesen, vertiefte sich in den Anblick des Spieles, und neben dem Ofen sitzend erwärmte er sich und vergaß alles — das Spiel ging jedoch zu Ende. Iwanow erhob sich von seinem behaglichen Plätzchen und trat auf die Straße. Der Frost hat unterdessen die Kotlachen erstarren gemacht, und der Schnee fiel in großen Flocken. Iwanow ging lange, frug die Vorübergehenden nach den Weg, und vor Kälte fast erstarrt, gelangte er endlich an das Ende der Stadt. Das Thor eines der Gasthöfe war noch nicht gesperrt und er trat in die Küche.

„Ich möchte bei Ihnen übernachten", wendete er sich an den Dwornik (Hausmeister), der eine fette Kohlsuppe mit Pökelfleisch gemächlich verzehrte.

„Mit Pferden?" frug der Dwornik.

„Ich habe keine Pferde, ich bin allein."

„Allein? Ohne Pferde lassen wir Niemand hier. Wir sind gewitzigt. . . . Man hatte uns oft genug bestohlen."

„Geh' in das zweite Haus, dort nimmt man auch Diebe auf!" ertönte eine Stimme von den Schlafbänken her. Und eine andere Stimme fügte noch energischer hinzu: „Fedor, in des Teufels Namen, schmeiß' ihn hinaus!"

Iwanow verließ den Gasthof.

Er blieb ein wenig auf der Gasse stehen, sah nach ob das Fünfkopekenstück noch in seiner Tasche wäre, schlich zum nächsten Thor und horchte lange. Alles war still; man vernahm nur das Wiehern der Pferde und zeitweilig Hufschläge gegen die Kufen der Schlitten. Iwanow fing zu klopfen an; er klopfte lange.

Und — Rache ist süß. Haben die liberalen Professoren in den siebziger Jahren uns verfolgt, warum sollten wir jetzt, wo sich Fortunas Rad gedreht und uns obenauf gebracht hat, ihnen nicht Gleiches thun? . . . Es wäre wahrlich eine vernichtende Ironie der Geschichte, wenn das Zentrum als Preis für seine Zustimmung zum Umsturzgesetz jetzt die Zurückberufung der Jesuiten und die Auslieferung der Professoren durchsetzte. Oder wird die Regierung sich doch weigern, diesen Preis zu zahlen? Herr Nieberding sagte es. Aber — es muß doch „Etwas geschehen". Oder wird etwas Aehnliches sich zutragen wie einst beim Zedlitzschen Schulgesetz?

Auch die nachstehende Stelle glauben wir unsern Lesern nicht vorenthalten zu sollen:

Ich verkenne gar nicht, daß die freie Agitation ihre Gefahr hat; aber die Gefahren, die der Versuch der Unterdrückung mit sich führt, sind nicht geringer; sind jene akut, so sind diese chronisch. Und für langlebige Wesen, wie es die Völker sind, sind die chronischen Uebel die schlimmeren. Wie die freie Diskussion ihr Korrektiv in sich selber hat, davon hat denn doch die Entwicklung der Sozialdemokratie seit der Aufhebung des Sozialisten-Gesetzes schon etwas erkennen lassen. Die letzten Parteitage zeigten doch sehr merkliche innere Wandlungen: die Lossagung vom Anarchismus und das Hervortreten einer Reformpartei innerhalb der Sozialdemokratie. Oder ist gerade dies das Gefährliche der Wendung, der man mit den neueren Maßregeln begegnen will? Es giebt einen Standpunkt, von dem aus man die Sache so ansehen kann. Wer entschlossen ist, die bestehende Rechts- und Eigenthumsordnung so, wie sie gegenwärtig ist, für alle Zeiten zu erhalten, wer jede Umbildung der Gesellschaft im Sinne der Ausgleichung sozialer Unterschiede für ein verderbliches Uebel hält, wem die unbedingte Herrschaft des Grund- und Kapitalbesitzers über seine Arbeiter als die vollkommene Ordnung erscheint, der mag sagen: noch haben wir die Macht, es gilt, sie zu brauchen, ehe es zu spät ist. Ein ruhiges Anwachsen der Sozialdemokraten zu einer großen Arbeiter-Reformpartei: Das ist die größere Gefahr, größer als das Risiko einer kleinen Revolte; die würden wir niederschlagen und dann wäre, wie nach dem großen Aderlaß von 1525, Ruhe im Land. So könnte Jemand rechnen. Nach meiner Ueberzeugung würde er sich verrechnen. Die Ruhe käme nicht, es sei denn, daß sich das deutsche Volk an jener Operation verblutete. Was kommen würde, wäre tödtlicher Haß, der, lange angesammelt, sich endlich entlüde, wie er sich vor 100 Jahren in Frankreich entlud.

Soziales und Partei-Leben.

Die Stettiner Töpfer ersuchen wegen dort ausgebrochener Lohnstreitigkeiten um Fernhaltung des Zuzuges.

Von der Anklage der Militärbeleidigung wurde der Genosse Herm. Rauh, früherer Redakteur der „Thüringer Tribüne", vom Landgericht in Erfurt freigesprochen. Der Staatanwalt hatte sechs Monate beantragt. Die Beleidigung wurde gefunden in einer der „Frankf. Zeitung" entnommenen Notiz, in der behauptet war, daß ein Feldwebel auf einem Büreau sich mehrfacher Mißhandlung von Untergebenen habe zu Schulden kommen lassen, die Beschwerden seien von dem Vorgesetzten des Feldwebels unterdrückt worden. Erst durch Vermittelung Dritter kam die Sache zur Kenntniß des Kriegsministeriums, das die Bestrafung des Feldwebels und die Versetzung des Vorgesetzten veranlaßt habe. —

Lübeck und Umgegend.

13. Februar.

Oeffentliche Sitzung des Schiedsgerichts für die Sektion VIII der Ziegeleiberufsgenossenschaft. Dienstag, 12. Februar. Der Arbeiter Wilken war in der Thonwaaren-Fabrik von Nitze in Blankenburg als Kutscher beschäftigt. Am 31. Januar v. J. fiel W. von einem aufgeschirrten Pferde und verwickelte sich dabei in den Strang. Die Pferde wurden dadurch scheu und schleiften W. eine Strecke mit sich fort. W. zog sich eine Quetschung des linken Kniees zu. Anfangs wurde W. von einem Arzt behandelt und später dann einem medico-mechanischen Institut überwiesen. Vom Beginn der 14. Woche wurden ihm 50 pCt. der Vollrente und vom Beginn der Aufnahme im Institut seiner Familie die gesetzlich vorgeschriebene Rente bewilligt. W. hat gegen die Höhe der Rente Einspruch erhoben, da er mehr wie um 50 pCt. in seiner Erwerbsfähigkeit gehindert sei. Da W. schon vor dem erwähnten Unfall an demselben Knie zweimal einen Knochenbruch erlitten hatte, so hat die Berufsgenossenschaft seinen Antrag abgelehnt. Das Schiedsgericht bestätigte den ablehnenden Bescheid. — Mit noch einem anderen Antrage Wilkens beschäftigte sich das Schiedsgericht. W. wurde nämlich am 16. Juli 1894 von dem medico-mechanischen Institut dem Vereins-Hospital zu Hamburg überwiesen und dort bis Mitte August behandelt. Bei seiner Entlassung wurde festgestellt, daß W. zwar um 50 pCt. in seinem Erwerb beeinträchtigt sei, dies sei aber schon vor dem letzten Unfall um 25 pCt. der Fall gewesen. Gegen die nunmeh erfolgte Gewährung von 25 pCt. der Vollrente legte W. ebenfalls Berufung ein, dieselbe wurde von der Berufsgenossenschaft ebenfalls abschlägig beschieden. Auch in diesem Fall wird die Berufung als unbegründet verworfen. Der Ziegeleiarbeiter Warben war auf der Ziegelei in Falbendorf bei Rostoch am 2. Juli 1894 mit Steintragen beschäftigt und erlitt bei dieser Arbeit einen Hitzschlag. W. wurde nach Rostock ins Krankenhaus gebracht, woselbst er noch an demselben Tage verstarb. Die von der Frau beantragte, ihr gesetzlich zustehende Rente, wurde abgelehnt, weil die Berufsgenossenschaft bestreitet, daß der Tod die Folge eines Betriesunfalles sei. Das Schiedsgericht verurtheilt jedoch die beklagte Berufsgenossenschaft zur Zahlung der den Hinterbliebenen gesetzlich zustehende Rente. — Am 7. Mai 1893 erlitt der Ziegeleiarbeiter Schwichtenberg beim Lehmfahren eine Hautabschürfung an der linken Hand. Aus der Verletzung entstand eine Blutvergiftung am linken Arm. Auf seinen Antrag erhielt Sch. eine Rente von 30 pCt. zugebilligt. Am 11. August wurde die Rente auf 156 Mark jährlich herabgemindert. Sein Antrag, die Rente in alter Höhe zu belassen, wurde abschlägig beschieden. Das Schiedsgericht verurtheilt die beklagte Berufsgenossenschaft zur Zahlung von 25 pCt. der Vollrente, gleich 187,20 Mk., vom 2. September 1893 ab.

Schöffengericht. Sitzung vom 12. Februar 1895. Wegen Bettelns wurden die Arbeiter Sch. und H. zu je 4 Wochen Haft verurtheilt. H. wird noch außerdem der Landespolizeibehörde überwiesen. — Aus Anlaß eines Versehens geriethen der Arbeiter M. und der Ziegelergeselle K. in Streit. K. schlug bei dieser Gelegenheit ohne jede Veranlassung den M. mehrere Male einer Stalllaterne auf den Kopf. K. wird wegen v sätzlicher körperlicher Mißhandlung mit gefährlichem W zeug zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt. — 30 November geriethen der Flaschenbierhändler H. der frühere Wirth K. in Geschäftsangelegenheiten Streit. K. brachte dem H. bei dieser Gelegenheit mitt eines Knüppels eine gefährliche Verletzung am Ko bei. K. wird, da er bereits wegen Körperverletzung v bestraft ist, in eine Geldstrafe von 50 Mk. ev. 14 T Gefängniß verurtheilt. In der Nacht vom 25. zum November öffneten die Knechte B. und F. mit Gew das Fenster der Mädchenkammer des Erppächters B. Alpsfelde. F. stieg dann in die Kammer hinein mißhandelte hier das Dienstmädchen. F. wird weg Sachbeschädigung zu 3 Mark, wegen Hausfriedensbruc zu 5 Mark Geldstrafe ev. 2 Tage Gefängniß verurthe Gegen B. wird das Verfahren eingestellt. — jugendlicher Messerheld scheint der achtzehnjährige Arbei J. zu sein. J. hatte sich mit mehreren anderen Arbeite geschneeballt. J. wurde nun von den beiden Arbeite M. und H. verfolgt und stach bei dieser Gelegenheit d Arbeiter H. mit dem geöffneten Messer in die Ha J. wird, da er bisher unbescholten ist, in eine Ge strafe von 15 Mark ev. 3 Tagen Gefängniß verurthei — Einen Piassava-Besen und einige Pantoffelhölzer e wendete der Arbeiter B. im Januar d. Js. der Fir H. u. St., bei welcher er in Arbeit stand. B. ist ständig und wird zu 5 Tg. Gef. verurtheilt. — Naschsucht verleitete den Schulknaben M. zur Unredli keit. Er entwendete den Conditor Sch. aus seinem Lad mehrere Tafeln Chokolade. Der Angeklagte wird einem Verweise bestraft. — Wegen thätlicher und wö licher Beleidigung hat sich der Feuerwehrmann K. verantworten. K. wird durch die Zeugenaussagen übe führt, bei dem Brande des Packhauses des Kaufmann P. im v. J. den Feuerwehrmann U. wörtlich und th lich beleidigt zu haben. Das Gericht verurtheilt ihn eine Geldstrafe von 20 Mk. ev. 4 Tg. Haft. — seiner Abwesenheit wird gegen den Schneider H. ve handelt. H. ist verdächtig, im Oktober v. J. einen ih zur Ausbesserung übergebenen Ueberzieher in eigene Gebrauch genommen zu haben. H. ist geständig, de Ueberzieher auf der Reise getragen zu haben, will jedo beabsichtigt haben, denselben dem Eigenthümer wieder z zusenden. Der Ueberzieher sei ihm jedoch in Lüneburg in einem Tanzlokale gestohlen. Auf Grund seine Geständnisses wird der Angeklagte zu 14 Tg. Gef. ve urtheilt.

Oeffentliches Schlachthaus. Es wurden im Monat Janr. 18 geschlachtet: Ochsen 493, Bullen 97, Kühe und Starken 1017, f Kälber 355, nüchterne Kälber 646, Lämmer —, Ziegen Schweine 2837, Schafe 410, Pferde 51, zusammen also 5919 Thi gegen 4474 Thiere in demselben Monat des Vorjahres. den geschlachteten Thieren wurden als ungeeignet zur menschli Nahrung befunden, mit Beschlag belegt und vernichtet: 1 wegen jauchiger Herz- und Herzbeutelentzündung, 1 Schwein we Trichinen, 2 nüchterne Kälber wegen Unreife, 1 Schwein weg multipler Abscesse, 1 Schaf wegen Bauchfellentzündung und A magerung, das Fleisch eines finnigen Schweines. (Der Speck wur nach vorheriger Kochung freigegeben. Im Dampf-Desinfekt gekocht: 4½ Kühe und 3 Schweine wegen Tuberculose, 1 Schw wegen Actinomyces. Bei den übrigen geschlachteten Thieren f 1039 einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschäd beseitigt worden. Ferner wurden 1502 Kilogramm Fleisch auswä geschlachteter Thiere im Schlachthause untersucht. Im Mon Januar 1894 wurden 1022 Kilo Fleisch untersucht.

Bewegung der Bevölkerung. Im Monat Janu 1895 fanden nach dem Bericht des statistischen Amtes Stadt Lübeck folgende Veränderungen in der Bevölkerung sta Es wurden 207 Kinder geboren, davon waren 185 ehelich, unehelich, 203 lebend geboren, (95 männlich, 90 weiblich), 4 to geboren, (1 männlich, 3 weiblich, davon — unehelich). Die Anz der Gestorbenen (todtgeborene ausgeschlossen) betrug 74 (39 männ 35 weiblich). Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 1 Jahr 17 (darunter 3 unehelich Geborene), 1 bis 5 Jahren von 5 bis 10 Jahren 5, von 10 bis 15 Jahren —, von bis 20 Jahren 2, von 20 bis 30 Jahren 5, von 30 bis Jahren 1, von 40 bis 50 Jahren 3, von 50 bis 60 Jahren von 60 bis 70 Jahren 15, von 70 bis 80 Jahren 11, von bis 90 Jahren 6, über 90 Jahren 1. — Es starben Angeborene Lebensschwäche 4, Abzehrung 2, Alte schwäche 12, Blutvergiftung 1, Bräune —, Bre durchfall —, Brust- und allgemeine Wassersucht 1, Darm- Bauchfellentzündung 1, Darmkatarrh 3, Diphtheritis Gehirnentzündung 1, Gehirnerweichung 1, Gehirnschlagfluß Gelenkrheumatismus —, Herzfehler 1, Keuchhusten —, Krämpfe Krebsschaden 2, Lungenkatarrh (chronischer) 2, Lungen- und Lu röhrenentzündung 6, Lungenlähmung 1, Lungentuberkulo (Schwindsucht) 6, Magengeschwür —, Masern und Rötheln Nierenkrankheit —, Pocken —, Ruhr —, Scharlach 1, Typh (gastrisches und Nervenfieber) 1, Verletzungen —, Wochenbettfie —, übrigen Krankheiten 13, Selbstmord 3, Unglücksfall —, bekannten Krankheiten 4.

Gegen das Erfrieren der Ohren, welches ein auß ordentlich schmerzhaftes Gefühl ist und hauptsächlich solchen Personen vorkommt, welche schon des Morg sehr frühe der größeren Kälte ausgesetzt sind, giebt ein probates Mittel dem Uebel vorzubeugen; es bes darin, daß man sich des Abends wäscht und Morgens das Gesicht mit einem feuchten Schwamm abwischt, o die Ohren zu berühren, denn nur durch Feuchtigkeit frieren dieselben.

Aufgesprungene Hände. Man schmilzt ein Vier Pfund Wachs, mischt 2 Loth Mandelöl darunter u bereitet daraus eine Salbe. Hiermit bestreicht man d Abende die Hände und zieht über Nacht Handschuhe a Nach kurzem Gebrauche werden die aufgesprungen Hände geheilt sein. Sehr zweckmäßig nimmt man Stelle des Wachses Cacaobutter, welche sich durch i Milde auf Wunden sehr vortheilhaft empfiehlt. Ei Bestreichen der Hände mit Glycerin vor dem Schlafe gehen und Bedecken derselben durch Handschuhe übe Nacht heilt ebenfalls sehr gut und schnell die wunden Händ

---

„Wer da?" tönte es endlich aus dem Hofe.

„Lassen Sie mich übernachten!"

„Der Hof ist voll, es ist kein Platz mehr für die Pferde da!"

„Ich habe keine Pferde, ich bin allein."

„So packe Dich fort, Du Lump, so lange Deine Beine noch ganz sind. Schau mal, der Dieb trommelt, als ob er zu sich nach Hause gekommen wäre!"

Die Thüre wurde zugeschlagen.

Erschöpft und abgequält, hungrig und beleidigt, fiel Iwanow auf die von Schnee gänzlich überdeckte Bank, welche neben dem Thore stand.

In seinem Kopfe hämmerte es, die Füße erstarrten ihm und seine Augenlider wurden schwer. Iwanow war sich bewußt, daß er gehen müsse, hatte aber nicht die Kraft, sich zu erheben.

Er begann allmählich zu erstarren. —

Der Schlag einer Glocke weckte ihn für einen Augenblick aus seiner Bewußtlosigkeit. — Die Uhr schlug. — Er zählt . . . eins . . . zwei . . . drei . . . vier . . . fünf . . .

Der Schläge werden immer mehr . . . Er zählt 12 . . . 13 . . . 14 . . . 20 . . .

Immer eindringlicher ertönen die Glockenschläge . . . sie werden zum Feuergeläute . . . Der Widerschein einer Feuersbrunst steht vor seinen Augen . . . es brennt ein dreistöckiges Haus . . . Das Feuer strömt in langen Flammen aus den Fenstern des dritten Stockes. Da plötzlich zeigt sich an einem Fenster die Figur eines schlanken Mädchens in einem himmelblauen Kleide. Sie fleht um Hilfe . . . ringt verzweiflungsvoll die Hände . . . Eine Leiter führt zum Fenster, aber Niemand wagt sich empor. Das Mädchen schreit angstvoll auf . . . ihr üppiges, blondes Haar wird schon von den Flammen ergriffen . . . In diesem Moment stürzt Iwanow in's Feuer und rettet sie. Er fühlt die angenehme Last auf seinen Schultern, er hört den Beifall der Menge . . . Seine Hände sind ein wenig verbrannt, die Fingerspitzen schmerzen ihn, aber er fühlt sich doch behaglich . . . Da sieh, er ist schon mit seiner Schönen im Zimmer. Der Samowar steht auf dem Tisch. Durch das himmelblaue Halbdunkel betrachtet er zärtlich die Gerettete; es ist eine reizende Blondine; voll Dankbarkeit und Liebe sieht sie ihm in die Augen . . . Ihm ist unendlich wohl, nur die verbrannten Finger schmerzen ihn sehr . . . und plötzlich fühlt er auch im Kopfe und am ganzen Körper einen seltsamen, unbegreiflichen Schmerz.

Er versucht die Augen zu öffnen, sich zu erheben, kann aber kein Glied mehr rühren. . . . Er fühlt nur, daß Jemand mit eisernen Händen seinen Kopf umklammert hält und ihm unbarmherzig die Ohren zerrt . . . Ein unerträglicher Schmerz . . .

Iwanow will fragen, was denn mit ihm geschehe, aber nur ein Lallen, ein Stöhnen kommt über seine Lippen.

Als Antwort hört er die Worte: „Er lebt noch, reibe fester!"

Und wiederum begann dieselbe schreckliche Folter. . . Endlich öffnete er die Augen.

Vor ihm standen einige Männer in Pelzen und Soldatenmänteln. Einer rieb mit beiden Händen seine Ohren, zwei andere wieder seine erstarrten Hände mit Schnee und noch einer hielt eine Laterne vor sein Gesicht.

„Auf den Schlitten mit ihm und führt den Trunkenbold in's Spital; schau', er ist ganz erfroren!" sprach der Laternenhalter.

Dann hoben sie ihn auf und warfen ihn in die Kufe des Schlittens.

— — — — — — — — — — — — — — —

In der Stadt erschien nach wenigen Monaten ein junger Bettler auf Krücken und mit fingerlosen Händen. Er bettelte die Vorübergehenden nicht an, sondern stellte sich auf einen Kreuzweg und wartete, bis ihm das vorbeiwandernde Mitleid ein paar Kopeken in den schäbigen Hut warf.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Druck und Verlag: Friedr. Meyer & Co., beide in Lübeck Große Altefähre 35/37.